

## Die Renaissance des Nationalismus Kaisersteinbruch ist überall!

Etwa täglich haben jetzt ohnehin alle, was sie wollen — bis auf die Betroffenen, die Flüchtlinge: Löschnak läßt sich Dienstag dieser Woche die Visumpflicht vom Ministerrat absegnen, die EinwohnerInnen von Kaisersteinbruch haben

mit einer wesentlich geringeren Anzahl von Flüchtlingen zu tun, und die Rechtsnationalen hatten im Burgenland ihr Revival.

Mehr dazu ab Seite 2: Alle glücklich im vollen Boot?

### AUSSERDEM

#### Weg mit dem Bundesheer

Im ganzen Land bilden sich Initiativen für eine Armeeabschaffung

Seite 4

#### Pyhrnautobahn: Sind die AutobahngegnerInnen bloß GrundstücksspekulantInnen?

Neue Baustellenbesetzungen sind geplant.

Seite 10

#### Nicaragua sin libre

Die Wahlen sind gelaufen

Seite 13

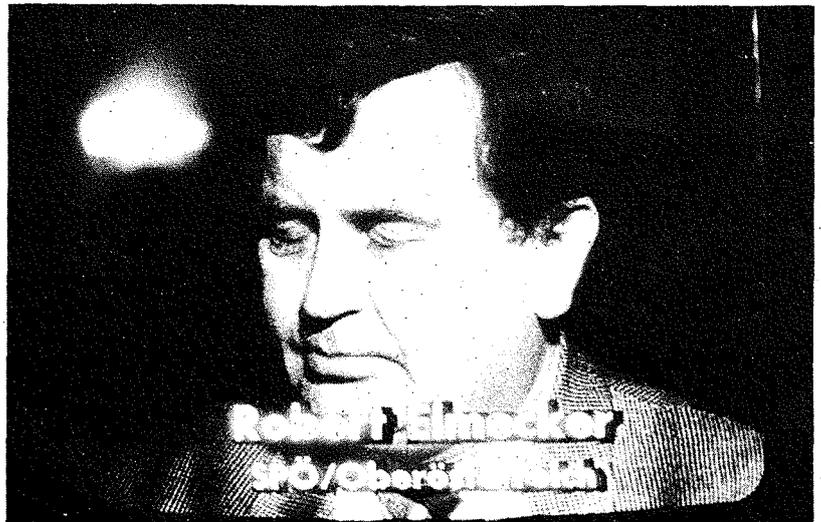
#### Opernball '90

Nachbereitungsdiskussion und Neuigkeiten ab

Seite 20.

u.v.a.

Impressum Seite 24



Österreichs Asylpolitik: Augen zu, Schranken runter. Innenausschuß-Mandatar Rober Elmecker in der Sendung "Hohes Haus" am 3. März 1990. Elmecker ist einer der Mitgestalter des ausländerInnenfeindlichen Gesetzesentwurfs, mit dem Fremdenpolizeigesetz, Paßgesetz und Grenzkontrollgesetz dramatisch verschärft werden sollen

## Ausgeschnüffelt?

Nun können alle ÖsterreicherInnen (und nur solche) nachfragen, ob die Staatspolizei nicht vielleicht einen Akt von ihnen hat. Wenn die Antwort *ja* lautet, kann Akteneinsicht angefordert werden. Wenn sie *nein* lautet, ist das zwar wahrscheinlich gelogen, das Gegenteil läßt sich aber auch kaum beweisen. Was übrig bleibt ist ein neuer Aktenvermerk...

Für alle die im Auskunftsbegehrensspiel mitmachen wollen bringen wir Vorschläge für Antragsschreiben bei Stapo, HNA und HAA. Mehr ab Seite 6!

**DEMONSTRATIONEN gegen Staatspolizei, »Sicherheitspolizeigesetz«, Fremdenpolizeigesetz, usw:**

Wien: 15. März, 17 Uhr Oper; Graz: 16. März, 11 Uhr Hauptplatz

# AusländerInnenfeindlichkeit

## Alle glücklich im vollen Boot?

Eigentlich haben jetzt ohnehin alle, was sie wollen — bis auf die Betroffenen, die Flüchtlinge: Löschnak läßt sich Dienstag die Visumpflicht vom Ministerrat absegnen, die EinwohnerInnen von Kaisersteinbruch haben mit einer wesentlich geringeren Anzahl von Flüchtlingen zu tun, und die Rechtsnationalen hatten im Burgenland ihr Revival.

(TATblatt-Wien)

Bereits in der zweiten Feberhälfte war abzusehen, daß die Anzahl von Flüchtlingen aus Rumänien dramatisch steigen würde. Trotzdem wurden vom Innenministerium — abgesehen von einzelnen Vorgesprächen — erst letzte Woche Schritte unternommen, die Menschen unterzubringen; bis dahin wurden die bestehenden Möglichkeiten "ausgenutzt" — wie im Fall des Lagers Traiskirchen bis zum Doppelten der Kapazität.

Der Konflikt war insofern vorprogrammiert. Was nicht dem widerspricht, daß er beabsichtigt war. Zwar hat Löschnak am Mittwoch die Visumpflicht als "politisch nicht geeignetes Mittel" bezeichnet — die politische Lage in Rumänien könne derzeit nicht abgeschätzt werden, die Visumpflicht könne zu menschlichen Härten führen (aha! ganz was neues). Sehr schnell ist das Innenministerium dann auf FP-Linie eingeschwenkt: Visumpflicht (fast) sofort.

Eine andere Qualität stellt jedoch die Überlegung dar, AsylwerberInnen aus Rumänien generell die Bundesbetreuung zu verweigern. Bundesbetreuung: Unterbringung in Lager oder Pension, Verpflegung, ein "Taschengeld" von 400 bzw. 200 Schilling — für 9.000 rumänische Staatsbürger-

rInnen insgesamt beinahe 50 Mio Schilling pro Monat. Aber hier wird erstmals in diesem Zusammenhang öffentlich auf der finanziellen Ebene argumentiert. Bisher wurde die Entlassung von Personengruppen aus der Bundesbetreuung immer wieder damit gerechtfertigt, die Flüchtlinge könnten ohnehin gefahrlos zurückkehren.<sup>1</sup> Passend dazu eine Schlagzeile des "Kurier": "1,2 Milliarden S für Asylanten"<sup>2</sup>.

### KAISERSTEINBRUCH: GHETTOISIERUNG ODER FASCHISTOIDER WAHN?

Im Verlauf der letzten Woche fanden wiederholt Kundgebungen und Blockaden gegen die Unterbringung von 800 Flüchtlingen aus Rumänien in der Uchatius-Kaserne bei Kaisersteinbruch statt. Wegen fehlender sanitärer Anlagen sollten nur Männer einquartiert werden. Donnerstag abend fand eine Einigung in der Form statt, daß 150 bis 200 Flüchtlinge in Orten in der Umgebung von Kaisersteinbruch<sup>3</sup> untergebracht werden.

Unbestritten ist die Tatsache, daß eine Unterbringung von 800 Menschen unter den Bedingungen, wie sie die Uchatius-

### SZENISCHE LESUNG mit musikalischer Begleitung

Texte von  
Giordano Balli  
Kaspar Goban  
Berthold Brecht  
Jean Genet  
Nazim Hikmet  
Nelly Sachs  
Ingrid Ströbl  
Karl Valentin  
und anderen

**AN GRENZEN STOSSEN**

Aus der  
Vorbereitung von  
Flüchtlinge  
Sinti und Roma  
ausländischen  
ArbeiterInnen

Mittwoch, 14. und Freitag 16. März 1990, 20 Uhr  
Stadtfelzzentrum BACH, Bachgasse 21, 1160 Wien

Veranstaltet von: Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus (IGARA)  
Imp: IGARA, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Kaserne bei Kaisersteinbruch bietet, menschenunwürdig ist. Aber dem gegenüber überwogen bei den Protesten rund um Kaisersteinbruch wesentlich die intoleranten Inhalte.

Eine politisch so wenig zugeordnete, aber deutlich reaktionäre Bewegung läßt natürlich zur Vereinnahmung durch rechte Gruppen geradezu ein. So zum Beispiel der — selbst in der FP als "Rechtsaußen" geltende — Landesobmann der FP-Burgenland, Wolfgang Rauter, selbst von der konservativen "Presse" als "'Einpeitscher' eines Konfrontationskurses" bezeichnet. Rauter-Statements: Die FPÖ habe das alles ja schon im Vorjahr gewußt, direkt visionäre Vorstellungen gehabt. Auf die Frage, ob er dafür plädiere, alle "zuströmenden Asylanten" abzuschieben: "Ja, was soll Österreich denn sonst machen?"<sup>4</sup> In einer Resolution forderte die FP-Burgenland Mittwoch, sofort Visumzwang für rumänische Staatsbürger zu verhängen und die Unterbringung von Flüchtlingen in der Kaserne Kaisersteinbruch zu verhindern.<sup>5</sup>

Die "Presse" arbeitet da schon mehr auf der subtilen Ebene. Unkommentiert werden Statements abgedruckt wie: "Stellen Sie sich vor, 800 Männer, die kein Geld für Prostituierte haben, aber doch Männer sind. Wer beschützt unsere Frauen?" Die "seriöse" bürgerlich-konservative Zeitung will Frauenunterdrückung eben institutionalisiert und nicht länderbrutal, und wenn, dann nur im trauten Heim, wenn der Ehemann seine Frau ver-

## "Expertenhearing": Beschwichtigungsmanöver

(TATblatt-Wien; Grüne)

Nach einem "Expertenhearing" am 8. März hat der Innenausschuß des Parlaments den Entwurf zur Novellierung des "AusländerInnen"rechts an das parlamentarische Plenum weitergeleitet. Der Entwurf, mit dem Fremdenpolizeigesetz, Paßgesetz und Grenzkontrollgesetz novelliert werden sollten, war wegen der weiteren Verschlechterung der Rechtsstellung von "AusländerInnen", den fehlenden Rechtsschutzmöglichkeiten (Berufung gegen Abschiebung quasi nur aus dem Ausland) und wegen Passagen, die zum Rassismus herausfordern, kritisiert worden.

Wie vom Innenministerium — unter anderem auf die Kritik der *kritischen Juristen Salzburg* hin — angekündigt wurde, wurde nun ein ausdrücklicher Bezug auf Artikel 33 der Genfer Konvention zum *Non-Refoulement* im Text des Gesetzesentwurfes verankert. *Non-Refoulement* bedeutet das Verbot der Abschiebung von

Flüchtlingen, die im Zielland der Todesstrafe oder einer anderen menschenrechtswidrigen Strafe ausgesetzt wären.

Ebenfalls verankert wurde ein "Vorprüfung" möglicher Asylanträge durch die Bezirkshauptmannschaften. Diese sollen das formale Vorliegen eines Asylantrages überprüfen, die AntragstellerInnen sollen während dieser Überprüfung anwesend sein können (bis zu 14 Tage). Eine — rechtswidrige — inhaltliche Selektion auf diesem Weg wird kaum auszuschließen, eine Kontrolle hingegen schwer möglich sein.

Der grüne Abgeordnete Srb wird eine gesonderte Stellungnahme zu den Anträgen des Ausschusses einbringen.

Die ausländerInnenfeindliche, prorassistische Linie wird auch mit den vorgesehenen Änderungen weiter fortgesetzt. Zwar wurde mit den Änderungen ein Teil der verfassungsrechtlichen Bedenken ausgeräumt, nach wie vor bleiben aber die grundsätzlichen Vorwürfe aufrecht.

gewaltigt<sup>6</sup>. Und: Was unterscheidet rumänische Flüchtlinge so sehr von österreichischen Soldaten?

Laut AZ sind auch "junge Burschen im Neonazi-Look sowie vermutlich rechtsextreme Organisatoren aus Wien" zu den ersten Blockaden am Montag gekommen<sup>7</sup>.

#### ABER "KAISERSTEINBRUCH" IST ÜBERALL

Passend zu nationaler Stimmung fürchtet Ratzenböck — in einem Brief an das Innenministerium — "Rückgänge im Rahmen des Fremdenverkehrs" angesichts von "Leuten aus Ländern, denen man die Abstammung eindeutig ansieht" (was immer das heißen mag). Während die Grünen, ÖH-Boku, Cap, der oberösterreichische Vize-Landeshauptmann Grüner derartige Äußerungen Ratzenböcks verurteilen, kann Kukacka "darin überhaupt keine Ausländerfeindlichkeit erkennen". Ratzenböck selbst weist den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit ebenfalls zurück.<sup>8</sup>

In einem Brief des Wirtschaftsministeriums fordert dieses eine Hotelbesitzerin im Salzburger Mariapfarr auf, "per 30.4. die Beherbergung von Asylanten einzustellen und danach den Betrieb als Fremdenverkehrsbetrieb weiterzuführen; widrigenfalls sähe sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gezwungen, die Sicherungshilfe (Förderungsmaßnahme, Anm.) mit einer entsprechenden Verzinsung zurückzufordern" — eine Summe von rund 400.000 Schilling plus Zinsen. Wirtschaftsminister Schüssel will sich "das selbst anschauen und mich um eine Kulanzlösung bemühen".<sup>8</sup>

Und ÖAAB-Obmann und Verteidigungsminister schiebt (nicht allzu) kluge Statements zur Flüchtlingspolitik — vielleicht will er sich einen Job im Innenressort reservieren, falls das Verteidigungsministerium aufgelöst wird...●

1 Von der vorläufig letzten dieser Entlassungsserien sind augenblicklich die Flüchtlinge aus der CSSR betroffen

2 Kurier vom 9.3.1990, Seite 5

3 Kaisersteinbruch, Bruckneudorf, Bruck an der Leitha, Gols und Mannersdorf

4 AZ vom 7. März 1990, Seite 11

5 Ich erinnere an die "Resolution zur Ausländerfrage" der FP-Burgenland, ein rechtsextremes Elaborat aggressiver AusländerInnenfeindlichkeit. Siehe TATblatt minus 85, Seite 9. Die angekündigte Veröffentlichung des ganzen Textes schien uns allerdings dann eine Überbewertung.

6 Ich sehe trotzdem einen qualitativen Unterschied zwischen unmittelbar gewalttätigem Zwang zum Geschlechtsverkehr und dem Geschlechtsverkehr als Ware. Auf der anderen Seite stehen die Abhängigkeitsverhältnisse, in denen sich Prostituierte befinden und die Tatsache, daß die meisten Prostituierten mehr als einmal vergewaltigt worden sind

7 AZ vom 6. März 1990, Seite 11

8 Kurier vom 10. März 1990, Seite 2

An den Landeshauptmann für Oberösterreich  
Dr. Josef Ratzenböck, Klosterstraße 7, 4020 Linz

**Betrifft: Ihre Stellungnahme zur Asylpolitik in der Sendung "Morgenjournal" vom 9.3.1990**

Wien, am 9.3.1990  
Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Mit Bestürzung haben wir, die Unterzeichner, die von Ihnen geäußerte intolerante Stellungnahme im Österreichischen Rundfunk (Morgenjournal vom 9.3.1990) zur Kenntnis genommen.

Diese Aussagen empfinden wir als zutiefst menschenverachtend.

Gerade als hoher Funktionär jener Partei, die immer wieder Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten für den ehemaligen "Ostblock" reklamiert hat, überrascht es uns nun, daß sie jene Menschen, die sie früher in ihrem Freiheitsdrang immer unterstützten, jetzt als Störfaktor für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft empfinden. Als vom österreichischen Volk demokratisch gewählter Repräsentant unserer Republik, sollte man erwarten, daß Sie — zumindest in der Öffentlichkeit — sich bei so grundsätzlichen Fragen der Humanität neutral äußern.

Ein Schielen auf nationale Wählerstimmen schadet dem ansehn Österreich in der Weltöffentlichkeit und ist gegenüber der antifaschistischen Ausrichtung unserer Republik kontraproduktiv. Wir hoffen, daß das Jahr 1938 und seine Folgen auch von Ihnen bewältigt wurde.

In diesem Sinne sehen wir freudig ihren zukünftigen ausgewogeneren Aussagen entgegen.

**Mit vorzüglicher und persönlicher Hochachtung  
die Unterzeichner**

Die Hochschülerschaft an der Universität für Bodenkultur in Wien hat sich mit einem offenen Brief gegen ausländerInnenfeindliche Äußerungen des oberösterreichischen Landeshauptmanns Ratzenböck gewandt. Der — fragwürdig erscheinende — Inhalt des Briefes fordert zu einer Stellungnahme heraus, auch wenn einzelne Passagen zynisch gemeint sein mögen. Zitate aus dem offenen Brief sind kursiv gesetzt.

Erstens: Die angegriffene Äußerung wird an keiner Stelle auch nur auszugsweise zitiert. Für Dritte, zB. mich, ist daher unter Umständen Form und Inhalt der Äußerung nicht bekannt.

Zweitens: Ratzenböck ist in den letzten Tagen wegen ausländerInnenfeindlicher Äußerungen in einem Brief an das Innenministerium angegriffen worden. Es ist nicht klar, ob dieser Brief im Morgenjournal zitiert wurde, Ratzenböck selbst dazu eine Stellungnahme abgegeben hat oder ob überhaupt ein Zusammenhang dazu besteht.

Drittens: Der offene Brief bezieht sich an keiner Stelle auf die Betroffenen, nämlich Flüchtlinge, sondern stellt allein die politische Integrität Ratzenböcks in Frage. Die von ausländerInnenfeindlichen Personen angestrebte Entmündi-

gung von ImmigrantInnen wird damit fortgesetzt und verankert.

Ratzenböck wird — als vom österreichischen Volk demokratisch gewählten Repräsentanten unserer Republik — quasi der "kameradschaftliche" Ratschlag erteilt, solche Aussagen — *zumindest in der Öffentlichkeit* — in Zukunft bleiben zu lassen, um dem Ansehen Österreichs in der Weltöffentlichkeit nicht zu schaden.

Viertens: Den Angriffen gegen ausländerInnenfeindliche Aussagen wird kein Angriff gegen ausländerInnenfeindliche Praxis gegenübergestellt. Die VerfasserInnen sehen im Gegenteil freudig Ratzenböcks *zukünftigen ausgewogeneren Aussagen entgegen* und sehen offenbar kein Problem darin, wenn Ratzenböck seine ausländerInnenfeindlichen Statements in Zukunft "nur" mehr am Stammtisch verkündet oder Menschen, "denen man die Abstammung eindeutig ansieht"<sup>1</sup>, gravierend anders behandelt (auch politisch) als TouristInnen, bei denen das — Ratzenböcks Ansicht nach — offenbar nicht der Fall ist.

*peter, TATblatt-Wien*

1 Zitat aus dem Brief Ratzenböcks an das Innenministerium; Quelle: Kurier vom 10. März 1990, Seite 2

# Urlaub bei der Post

Die nächsten Uni-Ferien kommen bestimmt, und manch finanzschwacher Student wird sich wieder als *Urlaubsersatzkraft* bei der Post betätigen. Die hohen Füchse lachen sich in die Pfoten...

(Gewerkschaftliche Einheit – Alternative GewerkschafterInnen)

Bis 1988 wurden Aushilfskräfte (zumeist SchülerInnen und StudentInnen) von der Post zu den selben vertraglichen Bedingungen beschäftigt, wie andere Bedienstete. Die große Nachfrage nach derartigen Aushilfsjobs sowie der allgemeine Rückgang von Ferienjobs dürfte die Post und den Gesetzgeber dazu animiert haben, es doch auch hier mit dem berühmten Spiel von Angebot und Nachfrage zu versuchen: starke Nachfrage senkt die Preise...

Mit einer speziell für die Post gebastelten Novelle zum Vertragsbedienstetengesetz wurde 1988 durchgesetzt, daß »Urlaubsersatzkräfte« (UEK's) vom Gesetz und vom Gehaltsschema ausgenommen sind, und mit ihnen ein Entgelt vereinbart werden darf, daß weit unter dem bislang bezahlten liegt.

1988 betrug dieses Entgelt für eine 40-

Stunden-Woche im Hilfsdienst S 6.400,—; 1989 wurde die Bezahlung der UEK (Hilfsdienst) auf S 8.400,— erhöht: das Jahr 1988 war sozusagen ein Flop geworden. Die meisten StudentInnen und SchülerInnen, die zum Teil schon jahrelang während der Ferien-/Urlaubszeit bei der Post gearbeitet hatten, versagten sich solcher Schandlöhne.

Die Lücken wurden zwischenzeitlich mit Arbeitslosen zT auch SozialhilfeempfängerInnen usw. gefüllt... In den ersten Jahren ist es auch noch zu anderen Pannen gekommen: obwohl die »UEK-Novelle« nur Verträge bis zu 8 Wochen vorsieht, wurden mit »UEK's« »in etlichen Fällen« (Zitat aus einer postinternen Anweisung) zwei oder mehrere knapp aufeinanderfolgende Dienstverhältnisse eingegangen. Das ist natürlich unzulässig und könnte den Anspruch auf ein »normales« Dienstverhältnis begründen.

Das Problem dabei: niemand vertritt die so eingesetzten »UEK's« und belehrt sie über ihre Rechte. Die Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten steht — leider — voll hinter der »UEK«-Novelle und findet es auch ganz in Ordnung, daß für diese Arbeit, die sich im wesentlichen nicht von der unterscheidet, die ein »normaler« Vertragsbediensteter leistet, um einiges weniger bezahlt wird.

In der Regel werden die Verträge außerdem nicht über 40 Wochenstunden, sondern über 20 oder 30 abgeschlossen: in der Paket- und Briefumleitung, wo der Bedarf und die Arbeitsbelastung am größten ist, heißt das meistens Nachtdienst: zB von 18Uhr bis 23 Uhr (Mo—Do) = 20 Wochenstunden = S 4.200,— brutto(!). Mit den eventuellen Zulagen und der aliquoten Urlaubsentschädigung darf die überglückliche Urlaubsersatzkraft auf etwa S 4.000,— netto hoffen. ●

## Bundesheer vor Auflösung?

(TATblatt Wien; Personenkomitee für Armeeabschaffung und Friedenspolitik)

Das Bundesheer steht heute mehr zur Diskussion, als es das in den letzten Jahrzehnten je getan hat. Die Auseinandersetzungen um die Abfangjäger haben intensive Bemühungen um eine Imageaufbesserung zunichte gemacht, das traditionelle Feindbild »Ostblock« ist zusammengebrochen, und zu guter letzt hat das große Vorbild Schweiz dem Faß die Krone versetzt. Hat doch unlängst glatt ein Drittel der SchweizerInnen für die Auflösung der Armee votiert.

Als ob's nur ein Traum wäre: Überall wird offen diskutiert, was mit dem allseits ungeliebten Heer geschehen soll. Abspeken, oder gar Abschaffen? Mit Hilfe großer kleiner Zeitungen wird noch versucht, das Ruder im letzten Moment herumzureisen, und unter dem Vorwand von Einsparungen ein schlagkräftiges Berufsheer zu installieren. Einige Grüne (oder einige ScheinwerferlichtsteherInnen derselben) fordern eigenartige Grenzschutzgruppen (die selbst der, sie fordernde, Grüne Chorherr, ganz zurecht mit dem bundesdeutschen Bundesgrenzschutz verglichen hat. Einer Einheit, die brutalst repressiv nach innen eingesetzt wird — siehe Wackersdorf — und damit gerade die, in der jetzigen

Lage relevanteste, Unterdrückungsfunktion des Heeres in die Zukunft hinüberrettet).

In dieser Situation trafen einander BundesheergegnerInnen aus ganz Österreich und überlegten konkrete Schritte, um sich in die Diskussion einzuschalten. Schnell kristallisierte sich heraus: Sie wollen kein Berufsheer und keine Grenzschutzgruppe. Sie wollen eine breite öffentliche Diskussion mit anschließender Volksabstimmung über das Bundesheer. Kurz: **Sie wollen das Bundesheer abschaffen.**

Sie, das sind Leute aus Wehrdienstverweigerer-, Anti-Abfangjäger-, Friedens- und anderen Gruppen, manche gehören konfessionellen Organisationen oder Parteien an, andere nicht. Auf alle Fälle wollen sie Widerstand leisten.

Und natürlich wollen sie mehr werden, und Geld brauchen sie auch, zum Aufbau eines Koordinationsbüros, für Öffentlichkeitsarbeit, Info-Materialien usw (ihr Konto: BAWAG 03210.768.636 »Personenkomitee«. Kontaktadressen gibt's in fast allen Bundesländern, nähere Auskünfte gibt's beispielsweise beim *Personenkomitee für Armeeabschaffung und Friedenspolitik*, 1080 Wien, Lederergasse 23/3/27, Telefon (0222)485332, bei der Grazer Friedenswerkstatt, dem Friedensbüro

Linz, der Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung in Salzburg usw.

Das nächste *Bundestreffen der österreichischen Armee-Abschaffungs-Initiativen* findet am **Samstag, den 17. März um 10.00 Uhr in der Uni Linz, Hörsaal 2, Altenbergerstraße 69** statt (Kontakt und Übernachtungsmöglichkeitenauskünfte: Friedensbüro Linz, 4010, Kapuzinerstraße 49, Tel.(0732)271094.

### FRAUENGRUPPE

Es ist wohl nichts neues, daß auch Frauen in der Militärmaschinerie integriert und einkalkuliert sind, als Reproduktionskraft, in der Geistigen Landesverteidigung, als Arbeiterinnen in der Rüstungsindustrie. Patriarchale militaristische Strukturen sind auch nicht gerade aufs Bundesheer beschränkt. »Wir lassen uns in dieser Sache das Wort nicht länger verbieten und steigen aktiv in die Diskussion ein«, meint eine Gruppe Frauen und plant sogleich eine Frauengruppe im Rahmen des Personenkomitees zur Abschaffung des Bundesheers.

Das erste *Frauengruppentreffen* findet am **16.3. um 17 Uhr in der Lederergasse in Wien 8** (Adresse und Telefon siehe oben) statt. ●

# Verfassungsgerichtshof lehnt HOSI-Klage ab

## Homosexuelle werden weiterhin ganz hochhoffiziell diskriminiert

(homosexuelle initiative)

Die Homosexuelle Initiative protestiert aufs Allerschärfste gegen die skandalöse Art und Weise, mit der der Verfassungsgerichtshof die Verfassungsklage gegen §209StGB, der ein höheres sexuelles Mindestalter für schwule Männer als für heterosexuelle Frauen und Männer sowie für lesbische Frauen — nämlich 14 im Gegensatz zu 18 Jahren — vorsieht, behandelt hat.

Ein Mitglied der Hosi Wien hatte 1988 beim Verfassungsgerichtshof einen sogenannten Individualantrag eingebracht und durch seinen Anwalt in einer 70 Seiten starken Argumentationsschrift begründet.

Während der VfGH die umfangreichen inhaltlichen Ausführungen des Antragstellers überhaupt nicht würdigte, hat er die Äußerungen der Bundesregierung vollinhaltlich übernommen und sein Erkenntnis, §209 StGB sei nicht verfassungswidrig, allein auf diese Stellungnahme begründet.

U.a. zitiert der Gerichtshof folgende Passage aus der Regierungsausäußerung, in der begründet wird, warum das Schutzalter für lesbische Handlungen bei 14 und nicht ebenfalls bei 18 Jahren liegt: Eine lesbische Handlung "hat geringere Wirkungschancen und eine etwaige Wirkung" wäre "weniger schwerwiegend". Schließlich wären "die Tathandlungen in der Regel nur schwer faßbar. Die Grenzen zwischen freundschaftlichen und Zärtlichkeitsbezeugungen, Berührungen im Zug von Hilfeleistungen bei der Körperpflege udgl. einerseits und echten gleichgeschlechtlichen Akten andererseits" entzogen sich "weitge-

hend der Feststellung im Strafprozeß". Darin drückt sich eine eklatante Geringschätzung und Lächerlichmachung weiblicher und lesbischer Sexualität aus. Vom wissenschaftlichen Standpunkt gesehen stellen derartige Äußerungen eine internationale Blamage ersten Ranges dar.

Auf 2 knappen Seiten wird weiters erklärt, es sei keine Diskriminierung, wenn heranreifende Burschen vor "homosexueller Einflußnahme" bis zum 18.Geburtstag, heranreifende Mädchen jedoch sowohl vor hetero- als auch homosexueller Einflußnahme nur bis zum 14.Geburtstag geschützt werden, denn durch die homosexuelle Einflußnahme seien männlich Heranwachsende in signifikant höherem Grad gefährdet als gleichaltrige Mädchen. Bei dieser Ansicht beruft sich der VfGH auf nicht näher ausgeführte "maßgebliche Expertenmeinungen in Verbindung mit Er-

fahrungstatsachen".

Umso skandalöser — aber auch erklärlicher, warum die "Expertenmeinungen" und "Erfahrungstatsachen" nicht näher angeführt wurden — ist diese Begründung: Bedenkt mensch, daß heutzutage kein ernstzunehmender Experte eine homosexuelle Prägung nach dem 14.Lebensjahr für möglich hält und daß die internationale Rechtsentwicklung längst in Richtung einheitlicher Mindestaltergrenzen geht. Die überwiegende Mehrheit der Staaten Europas kennt kein diskriminierendes Mindestalter für homosexuelle Männer und/oder lesbische Frauen, in etlichen Staaten, z.B. in Italien, liegt das einheitliche Schutzalter schon seit hundert Jahren bei 14 — und die Erfahrungstatsachen beweisen deutlich, daß in diesen Ländern die Zahl der Homosexuellen in dieser Zeit nicht zugenommen hat. *Hosi Wien* •

## Projekt Ganslwirt

Mariahilfer Bezirksvertretung holt aus zum Rundumschlag gegen das Beisl-Hilfsprojekt für Drogenabhängige und andere ungeliebte Erscheinungen im 6. Bezirk.

(rosa-lila-tip)

Die ÖVP-Fraktion im Mariahilfer Bezirksrat ist gegen das Projekt »Ganslwirt« als Auffangstelle für die »Kinder vom Karlsplatz«. Von diesen Bezirksräten erwartet mensch eben nicht die selbe Nächstenliebe, wie von der örtlichen Pfarre. In der Sitzung der Bezirksvertretung am 1.3. beschlossen sie zusammen mit FP und SP (Opposition: die Grünen) ihren Antrag, vom Projekt »Abstand zu nehmen«.

Sie befürchten — in ihrer Begründung — die »Schaffung einer weiteren Karlsplatz-Szene«, denn »im Umkreis von wenigen hundert Metern« befänden sich — genauso wie »nicht weit weg davon« und »fast am Weg vom Karlsplatz zum Ganslwirt« — eine Anzahl von Schulen. Sie zittern, »...daß der halbe Bezirk von der Drogenszene erfaßt wird. Der Weg reicht vom Karlsplatz in den Naschmarkt, dem Denzelpark über den Flohmarkt an der Rosa-Lila-Villa vorbei zum Ganslwirt und nächstens unter Umständen zur nahegelegenen Camera«.

Bezirksvorsteher Kurt Pint, laut Tagespresse schon »seit Jahren« um »sanie- rungsfreudige Interessen« an der Immobilie bemüht — »und das sind seriöse Leute« (Pint) — glaubt nun auch »...zu wissen, warum die Versuche, Käufer zu vermitteln, bisher nicht ge- fruchtet

hätten«. Er will sogar das Projekt »bis aufs Messer bekämpfen« und — ganz der politischen Kamikaze — es »nur über meine Leiche« zulassen.

Die zynische Unterstellung, daß wir (die Rosa-Lila-Villa) dem Drogenkonsum Vorschub leisten, ist der bislang letzte Versuch des Rufmordes an der Rosa-Lila-Villa. Tatsache ist, daß wir — zum Beispiel über unsere Beratungsstelle für homosexuelle Frauen und Männer — aktiv einen gesundheitsbewußten Lebensstil propagieren.

Wir begrüßen das von Vizebürgermeisterin Smejkal vorgestellte Projekt Ganslwirt als eine seit langem als notwendig zu erkennende positive Inangriffnahme eines sozialen Problems, welchem mensch — soviel hat mensch mittlerweile gelernt — nicht durch ein simples Wegweiserecht oder andere polizeiliche Maßnahmen beikommen kann.

Der Horizont der Bezirksvertreter der heilen Welt und deren Freunde des Tages scheint sich eben auf Symptome und Käufervermittlung zu beschränken. •

## Noruzfest

(Rat zur Verteidigung des Kampfes der iranischen Völker — Wien)

Am 23. März feiern Iranerinnen und Iraner ihr Neujahrsfest, das *Noruzfest*. Die in Wien lebenden IranerInnen wollen dieses Fest aber nicht alleine begehen und laden daher alle, die mit dem Kampf der iranischen Völker um Befreiung solidarisch sind, ein teilzunehmen.

Es spielen Musikgruppen aus Chile, Türkei (Folklore + Tanz) und natürlich dem Iran (Folklore und Unterhaltungsmusik)

Das Fest beginnt am **23.3. um 18.30 Uhr im**

**Haus der Begegnung Gatterburggasse**

Auf eure Teilnahme freut sich der »Rat zur Verteidigung des Kampfes der Iranischen Völker — Wien«

## Skinhead-Überfall auf Rotstilzchen

(TATblatt-Wien)

In der Nacht vom 9. auf den 10. März um etwa 0.00 Uhr griffen etwa 15 Skinheads das Autonome Stadtteilzentrum »Rotstilzchen« in Wien Margareten an. Sie blockierten mit Stangen ein Scherengitter vor der Ausgangstür, wodurch die GästInnen gefangen wurden. Dann beschossen sie das Lokal mit Leuchtraketen und verschwanden wieder. Verletzt wurde keineR. •

# Schau-Schau

## Die Staatspolizei machte Spitzeldienste – welcher hätte das gedacht?

(TATblatt-Wien)

Eine Empörung geht durchs Land. Nachdem in Berlin-Hauptstadt die Leute das Stasi-Hauptquartier gestürmt und die Akten durchs Fenster geschmissen haben, der Schweizerische Spitzelskandal im kleinen Bern dreißigtausend Leute auf die Straße gelockt hat, muß nun auch Löschnak glauben, was er, obwohl es ihm oft genügt gesagt hat, niemals glauben zu müssen geglaubt hat....

Und so erklärte sich Herr Minister bereit, Anfragen entgegenzunehmen, ob denn ein Akt vorliege (Österreichweit unter der Nummer 0660-140). Falls ein Akt vorliegt, und dies aus unerfindlichen Gründen zugegeben wird (und dafür spricht vorderhand mal gar nicht viel), kann dann Akteneinsicht verlangt werden, heißt es gnädig. Auf alle Fälle können sich wohl alle AnfragerInnen sicher sein, wird die Anfrage in den Akt aufgenommen, ob er offiziell nun existiert oder nicht. Falls man/frau aus unerfindlichen Gründen bislang durchgerutscht ist, die Anfrage garantiert den Akt für den weiteren Lebensweg.

Ein so sensationeller Gnadenerlaß ist die Löschnak-Idee mit der Akteneinsicht aber auch nicht. Denn obwohl sie ja eigentlich schon was ganz was Neues ist, vom Gesetz her, gäbats die Möglichkeit schon viel länger.

Denn wie stehts im *Auskunftspflichtgesetz* (BGBl 1987/287)?

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Die Organe des Bundes sowie die Organe der durch die Bundesgesetzgebung zu regelnden Selbstverwaltung haben über Angelegenheiten ihres Wirkungsbereiches Auskünfte zu erteilen, soweit eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht dem nicht entgegensteht.

(2) Auskünfte sind nur in einem solchen Umfang zu erteilen, der die Besorgung der übrigen Aufgaben der Verwaltung nicht wesentlich beeinträchtigt; berufliche Vertretungen sind nur gegenüber den ihnen jeweils Zugehörigen auskunftspflichtig und dies insoweit, als dadurch die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben nicht verhindert wird. Sie sind nicht zu erteilen, wenn sie offenbar mutwillig verlangt werden.

§ 2. Jedermann kann Auskunftsbegehren mündlich, telefonisch, telegraphisch, schriftlich oder fernschriftlich anbringen. Dem Auskunftswerber kann die schriftliche Ausführung eines mündlich oder telefonisch angebrachten Auskunftsbegehrens aufgetragen werden, wenn aus dem Begehren der Inhalt oder der Umfang der gewünschten Auskunft nicht ausreichend klar hervorgeht.

§ 3. Auskünfte sind ohne unnötigen Aufschub, spätestens aber binnen acht Wochen nach ihrem Einlangen zu erteilen. Kann aus besonderen Gründen diese Frist nicht eingehalten werden, so ist der Auskunftswerber jedenfalls zu verständigen.

§ 4. Wird eine Auskunft nicht erteilt, so ist auf Antrag des Auskunftswerbers hierüber ein Bescheid zu erlassen. Als Verfahrensordnung, nach der der Bescheid zu erlassen ist, gilt das AVG 1950, sofern nicht für die Sache, in der Auskunft erteilt wird, ein anderes Verfahrensgesetz anzuwenden ist.

§ 5. (1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 1988 in Kraft.

(2) § 3 Z 5 des Bundesministeriengesetzes 1986, BGBl. Nr. 76, tritt außer Kraft. Sind in anderen Bundesgesetzen besondere Auskunftspflichten angeordnet, so gilt dieses Bundesgesetz hierfür nicht.

Für alle, die allen Bedenken trotzend nun Auskunft begehren wollen, präsentieren wir ein von den Grünen erstelltes Muster-Auskunftsbegehren. Dieses ist mit den jeweiligen spezifischen Adaptierungen fürs Innenministerium, die BPD Wien, das Heeresabwehramt und das Heeresnachrichtenamt verwendbar. Und da es ja auch noch die Möglichkeit

der Datenschutzauskunft nach dem Datenschutzgesetz gibt, bringen wir auch noch ein Faksimile eines Muster-Auskunftsbegehrens, das die ARGE-DATEN erstellt hat. Die ARGE-DATEN will übrigens allen Personen, die keine Auskunft bekommen, oder aufgrund einer Auskunft rechtliche Schritte unternehmen wollen, mit Rat und Tat beiseite stehen. Gedacht ist an eine »Notwehrgemeinschaft bespitzelter BürgerInnen«.

Stapozist oder Karikatur?  
Mittwochs-Demo zum Innenministerium  
(siehe nächste Seite)



## Volkszählung '91

...damit sie uns besser im Griff haben.  
Podiumsdiskussion am 28. März in Wien

(TATblatt-Wien)

Bevölkerungsbespitzelung hat viele Gesichter. Eines davon strahlt uns schon aus dem nächsten Jahr entgegen: Die Volkszählung (wir berichteten). Am 28. März gibt es dazu eine Podiumsveranstaltung mit:

- Jutta Sander (Datenschutzrat, Wien)
- Dr. Hans G. Zeger (ARGE DATEN, Wien)
- Dr. Thomas Prader (Rechtsanwalt, Wien)
- Heiga Erlinger (GRÜNE, Wien)
- Rainer Münz (Institut f. Demographie, Wien)
- Ermacora (?; angefragt) (Inst. f. Staats- und Verwaltungsrecht, Wien)

Moderation: Othmar Brigar (Initiative Informatik-Betroffener)

VeranstalterInnen sind die Initiative Informatik-Betroffener, die Hochschülerschaft an der TU-Wien und das TATblatt.

**Mittwoch, 28. März 1990, 19.30 Uhr**  
TU-Wien, Informatik-Hörsaal, Wien 4, Treitlstraße 3 /  
Tiefparterre.

Bei dieser Veranstaltung wird auch der bereits angekündigte »Reader« zur Anti-Volkszählungskampagne vorgestellt. Er ist auf mittlerweile etwa 100 Seiten angewachsen und wird voraussichtlich S 50,— kosten.●

## AUSKUNFTSBEGEHREN

Name, Adresse, ...

An:

- Bundesministerium f. Inneres; 1014 Wien, Herrngasse 5
- Bundespolizeidirektion Wien; 1010 Wien, Schottenring 7-9
- Bundesministerium f. Landesverteidigung / Heeresnachrichtenamt; 1030 Wien, Dampfschiffstraße 2
- Bundesministerium f. Landesverteidigung / Heeresabwehramt; 1030 Wien, Dampfschiffstraße 2

Auskunftsbegehren  
nach dem Auskunftspflichtgesetz des Bundes BGBl 287/1987

Ich begehre nachstehende Auskunft:

Bestehen über meine Person Vormerkungen in staatspolizeilicher / nachrichtendienstlicher Hinsicht

- beim Bundesministerium für Inneres und/oder bei den Sicherheitsbehörden in den Bundesländern (Bundespolizeidirektionen, Sicherheitsdirektionen)?
- bei der Bundespolizeidirektion Wien?
- beim Bundesministerium f. Landesverteidigung / Heeresnachrichtenamt?
- beim Bundesministerium f. Landesverteidigung / Heeresabwehramt?

Ich begehre folgende weitere Auskünfte:

- Welche Vormerkungen, Informationen, Daten und Fotos wurden unter staatspolizeilichen / nachrichtendienstlichen Gesichtspunkten über meine Person angelegt und werden bei den österreichischen Sicherheitsbehörden / der BPD Wien / dem Heeresnachrichtenamt / dem Heeresabwehramt evident gehalten?
- Was ist der Wortlaut dieser Informationen?
- Was ist auf den Fotos — falls solche vorhanden sind — dargestellt?

Ich stelle weiters den **ANTRAG** gemäß § 17 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz auf Akteneinsicht, falls hinsichtlich meiner Person unter staatspolizeilichen / nachrichtendienstlichen Gesichtspunkten Akten geführt wurden bzw. werden und begründe diesen Antrag wie folgt: Gemäß § 8 AVG sind »Personen, ... auf die sich die Tätigkeit der Behörde bezieht, ... insoweit sie an der Sache vermöge eines Rechtsanspruches beteiligt sind, Parteien«. Ich habe insbesondere nach dem Datenschutzgesetz das Recht auf Geheimhaltung der mich betreffenden personenbezogenen Daten vor allem in Hinblick auf die Achtung meines Privatlebens und bin daher in allen Verfahren, in denen in dieses Recht eingegriffen wird, Partei im Sinne des § 8 AVG.

Gleichzeitig stelle ich den **ANTRAG**, die Originale, der über meine Person bestehenden Schriftstücke, Fotos, usw. aus staatspolizeilichen / nachrichtendienstlichen Akten an mich auszuhändigen und alle meine Person betreffenden Evidenzen zu löschen.

Unterschrift:

## Auf die Straßen, Akte her!

(TATblatt-Wien)

Am Mittwoch, den 8. März traten ca. 200 Leute beim Parlament den langen Irrweg um Akteneinsicht an, der beim Polizeipräsidium (wo allerdings der Zutritt verweigert wurde), dem Innenministerium (wo immerhin erst beim zweiten Tor Schluß war) und der SPÖ-Zentrale (ebenfalls Zutritt nur bis in den Eingangsschlauch) vorbeiführte. Akten- oder sonstige Einsicht gab es freilich nirgends.

Also wollen es die DemonstrantInnen nächste Woche wieder probieren, immer wieder, bis schließlich, oder so.

Der gesamte Rundgang erfolgte unter dem wachsamen Auge eines in braunen Ledermantel, gehüllten, von einem tiefsitzen Hut beschatteten, von einem schwarzen Schnauzbärtchen gezierten und einer Funkgeräte-Attrappe unterhaltenen, Bundesbeamten statt: Toni S., der endlich einmal genüßlich die Seite wechseln konnte....(siehe Foto Seite 6)

Für den 15. März ist darüberhinaus eine möglichst große Demonstration geplant, die sich nicht nur gegen die Staatspolizei richten soll, sondern den Zusammenhang herstellen soll zum sog. Sicherheitspolizeigesetz, der Fremdenpolizeigesetzesnovelle und nicht zuletzt der tatkräftigen Zusammenarbeit der Polizei mit organisierten Faschisten am Beispiel Opernballdemo. Eine weitere, ganz große Demo ist dazu für Anfang April ins Auge gefaßt. An den Vorbereitungen beteiligen sich bislang ein paar unabhängige Gruppen, KSV, KJÖ und SJ-Leute. ●

## ANTI-SCHNÜFFEL- KALENDER

An das  
Bundesministerium für Inneres  
zu Händen Bundesminister Löschnak

Herrngasse 7  
1010 Wien

Wien, 28.2.1990

Betreff: Datenschutzauskunft nach dem DSG

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Ohne Beschränkung des Auskunftsrechts ersuche ich Sie, unter Hinweis auf §1 DSG und ihren Aussagen in der Öffentlichkeit ("alle Betroffenen werden informiert"), um Auskunft über folgende Punkte: 1. Welcher Art sind die Daten, die Sie über mich speichern? 2. Welchen Inhalt haben die Daten, die Sie über mich speichern? 3. Woher stammen diese Daten? 4. Wozu werden diese Daten verwendet? 5. An wen wurden diese Daten übermittelt? 6. Aufgrund welcher Vertrags- bzw. Rechtsgrundlage werden die Daten abgerufen, bearbeitet, objektiviert und übermittelt? Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß es sich bei dieser Datensammlung um Daten handelt, die daher nicht unter die Ausnahmebestimmungen des §4 (oder eines anderen Paragraphen) des DSG fallen.

Sie werden ersucht auch alle anfallenden Daten zu beauskunften, die sich in anderen Dateien befinden, jedoch über Schlüssel-, Such- und Referenzbegriffe mit meinen personenbezogenen Daten direkt oder indirekt verknüpft werden können (§3 DSG).

Werden die Daten nach §19 DSG verarbeitet, ersuche ich um die zusätzliche Auskunft von Name und Anschrift des Dienstleiters (im Sinne §3 DSG.) Wenn Sie Daten im internationalen Datenverkehr verarbeiten, ersuche ich Sie unter Hinweis auf §§32-34, die Geschäftszahl der Genehmigung durch die Datenschutzkommission anzugeben.

Zur Vermeidung unnötiger Rückfragen möchte ich Sie darauf hinweisen, daß Sie Ihre Auskunft "RS" zustellen lassen können.

Als gesetzlich vorgeschriebenen Beitrag zur Mitarbeit, jedoch ohne Einschränkung des Auskunftsumfangs gebe ich Ihnen bekannt, daß ich beschäftigt bin/war und daher Opfer der Spitzelaktivitäten sein kann.

Gemäß §11 ist die Auskunft binnen vier Wochen schriftlich zu erteilen, sie hat kostenlos zu erfolgen. Die Auskunft hat in allgemein verständlicher Form zu erfolgen. Sie werden ersucht, bei allfällig codierten Daten, diese Daten und die entsprechenden allgemeinverständlichen Schlüssel anzugeben.

Gemäß §1 DSG untersage ich Ihnen die Weiterverwendung dieser Daten, bzw. aller Daten die Ihnen im im Zuge dieser Datenschutzanfrage erstmals bekannt wurden.

Mit freundlichen Grüßen

**Mittwoch, 14. März:**

Besuch im Innenministerium

Treffpunkt: 11 Uhr Uni-Rampe (Wien 1, Dr-Karl-Lueger-Ring 1; bei U2-Station Schottentor)

**Donnerstag, 15. März:**

Große Demo gegen Überwachungsstaat, Polizei und das Ganze:

Treffpunkt: 17 Uhr Wiener Staatsoper

**Freitag, 16. März:**

Kundgebung und Demo gegen Sicherheitspolizeigesetz und Stapo in GRAZ: Treffpunkt: 11 Uhr Grazer Hauptplatz

**Mittwoch, 21. März:**

wahrscheinlich wie 14. März.

**Mittwoch, 28. März:**

Volkszählungs-Info-Veranstaltung

(Startschuß zur großen Anti-Volkszählungskampagne)

19.30 Uhr, Informatik-Hörsaal der TU-Wien,

Wien 4, Treitlstraße 3, Tiefparterre

# Kommentar

von Franz Witzmann,

einem ehemaligem Beamten bei der Sicherheitswache, der lange Jahre bei der Alarmabteilung tätig war. Diesen Dienst hat Franz vor wenigen Wochen hingeschmissen (siehe auch TATblatt minus 75)

Was würde die Regierenden schützen, wenn es keine Staatspolizei gäbe?

»Das Resultat dieser Rechtslage ist, daß sich kein Verfassungsrecht im formellen und materiellen Sinne nicht decken müsse und auch nicht decken. Da die 'große Koalition', das österreichische Regierungssystem von 1945-1966, es so leicht hatte, mit 'Verfassungsbestimmungen' zu arbeiten, und man von dieser Technik, immer wenn es politisch opportun war, Gebrauch machte, ist das österreichische Verfassungsrecht deformiert worden, weil seine Gestaltung ohne großen Plan vor sich ging. Von dieser Deformation hat sich das Verfassungsrecht nicht mehr erholt.«

*Felix Ermacora (oUnivProfDr) aus der Einleitung zu den »Österreichischen Verfassungsgesetzen« (Reclam Verlag 1985)*

Auf Grund einer jahrelangen willkürlichen Interpretation der Österreichischen Bundesverfassung ist es möglich, daß in unserem Staat noch immer eine Staatspolizei existiert.

Offizielle Aufgabe dieser Art von geheimer Beschnüffelungspolizei ist es, wenn man den ständigen Beteuerungen der Regierungspolitiker Glauben schenken soll, die innere Sicherheit des Staates (einer Demokratie?) zu schützen und staatsgefährdende Handlungen vor dem Zustandekommen zu unterbinden.

Bundeskanzler Vranitzky hat öffentlich zugegeben, daß auch bei uns »ostblockähnliche« Zustände herrschen: »Ich werde mich den Anforderungen der Zeit stellen — Perestrojka ist auch bei uns angesagt.« Der wertere Herr Innenminister antwortete in einem Zeitungsinterview auf folgende Weise: »Vor einem Jahr habe ich nachgeschaut unter Franz Löschnak wurde kein Akt bei der Staatspolizei angelegt.« Sehr beruhigend für ihn; aber wie kommt dieser Mensch dazu, zu behaupten, er hätte nichts von der Existenz dieser Akten gewußt? Mehrere Möglichkeiten stehen zur Wahl:

Erstens: Herr Löschnak ist nicht imstande, sein Ressort zu überblicken — logische und politische ehrliche Konsequenz wäre der freiwillige Rücktritt von diesem Amt.

Zweitens: Herr Löschnak weiß und wußte über die Vorgänge sehr wohl Bescheid, dann hat er die Öffentlichkeit bewußt falsch informiert. Dritte, und für mich wahrscheinlichste Möglichkeit: Herr Löschnak wußte einiges, vieles geschah sicher hinter seinem Rücken. Er sieht sich aber scheinbar gezwungen, sein Ressort und die parteipolitische Regierungspolitik bedingungslos zu verteidigen.

Auch wenn Innenminister Löschnak im Inlandsreport (1.3.90) gegenüber dem Abgeordneten Peter Pilz darauf hinwies, daß man Österreich unter keinen Umständen mit ehemaligen Ostblockstaaten ver-

gleichen dürfe, legt er ein Verhalten an den Tag, welches dieser Aussage entgegenpricht.

Beim Staposkandal geht es plötzlich nicht mehr darum, daß Menschen bespitzelt wurden, sondern Herr Löschnak behauptet, alles sei »eh nicht so schlimm, man müsse nur gesetzliche Grundlagen schaffen.« Diese Vorgangsweise ist weder neu noch besonders originell, geschweige denn effizient.

Es wird gerade das zugegeben, was man nicht mehr vertuschen kann, aber im selben Atemzug geht man daran, diese demokratiefeindlichen Vorgangsweisen zu legalisieren.

Diese Staatspolizei benötigt keine Reform — sie gehört abgeschafft. Gewisse Institutionen, welche der Staat scheinbar aus Tradition nicht immer auf den Schultern der Menschen in diesem Land herumschleppt, haben in einer Demokratie nichts verloren. Diese traditionelle Denkweise ist es nämlich, die einer wirklichen Demokratie entgegensteht, die uns ständig wieder an Mauern anrennen und verzweifeln läßt. Orkane verwüsten große Teile von Westeuropa, Stürme brausen über unser Land hinweg, aber der demokratische Wirbelwind aus Osteuropa prallt an den Mauern in den Gehirnen unserer Politiker ab.

Ausländische Großkonzerne werden mit Milliarden subventioniert, aber jungen Menschen ein Abbruchhaus zum Wohnen zur Verfügung zu stellen, würde zuviel an Steuergeldern kosten.

Was muß eigentlich noch alles geschehen, damit die Menschen in diesem Land endlich zu denken beginnen?

Meine fünfjährige Tochter sagte vor einigen Tagen zu mir: »Die Politiker sind alle Kasperln. Sie versprechen vieles und halten nichts. Es ist so, als ob ich, um etwas zu bekommen, versprechen würde, mein Zimmer aufzuräumen. Wenn ich dann das Gewünschte erhalten habe, lasse ich aber mein Zimmer weiterhin unaufgeräumt.«

Und das ist der Wurm, der jedes demokratische Bewußtsein unserer Politiker auffrißt. Es geht ihnen nicht darum, für die Menschen und für unsere Umwelt dazusein, sondern sie setzen ihre gesamte Energie dafür ein, getreu der Parteilinie aufzutreten, um ja recht lange auf ihren Minister-Abgeordneten- oder was es sonst noch für Sessel geben mag, pickenbleiben zu können.

Bei uns gibt es keine demokratische Politik — Gesprächsbereitschaft ist den meisten Politikern unbekannt.

Solange die Verantwortlichen in unserem Staat über unser aller Köpfe hinweg Entscheidungen treffen können, welche die Menschenrechte von sehr vielen beeinträchtigen, werden die Zustände bei

uns sicher nicht besser werden.

Solange man jeden politischen Gegner beschatten läßt und versucht, ihn zu diffamieren, wird es bei uns keine tatsächliche Demokratie geben. Und solange sich Politiker weigern, mit Menschen zu sprechen, die ernsthafte, konstruktive Kritik vorbringen möchten, so lange muß ihnen jegliche demokratische Reife abgesprochen werden.

Hiezu ein kleiner Denkanstoß zum Thema Aktenoffenlegung:

Es wurde beschlossen, daß vom Innenministerium jeder Mensch unter Bekanntgabe seines Namens und seiner Geburtsdaten, Auskunft erhält, ob über ihn ein Akt von der Stapo angelegt worden sei. Wahrscheinlich werden die meisten Anfragen negativ beantwortet werden, aber was mir weit bedenklicher erscheint, ist der Umstand, daß mit Sicherheit über jeden Einzelnen ein Akt im Innenministerium (Name, Geburtsdaten, Wohnort, Grund der Anfrage etc.) angelegt wird. Wie und ob solche Akten allerdings verwendet werden, hängt von der jeweiligen politischen Situation ab, ein unangenehmer Beigeschmack bleibt allerdings.

Ein ehrlicher und demokratischer Weg in diesem Staatspolizeiskandal wäre, wenn jeder Mensch, über den ein Akt angelegt wurde, vom Innenminister darüber informiert wird — nicht umgekehrt.

## Menschenrechte

»Österreich wird alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um allen unter österreichischer Staatshoheit lebenden Menschen ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion den Genuß der Menschenrechte und der Grundfreiheiten einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung, der Presse und Veröffentlichung, der Religionsausübung, der politischen Meinung und der öffentlichen Versammlung zu sichern.«

(Artikel 6 Abs. 1 des Staatsvertrages vom 15.5.1955, BGBl Nr. 152 betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen demokratischen Österreichs).

Nicht neue Gesetze brauchen wir, sondern Politiker, die diesem Menschenrechtspassus entsprechend agieren.

Von sich aus scheinen sie es nicht ergreifen zu können oder zu wollen — was bleibt ist die Hoffnung, daß immer mehr Menschen erkennen werden: Direkte Demokratie kann es nur geben, wenn sich möglichst viele daran beteiligen.

Franz Witzmann  
Mensch und Künstler  
wohnhaft daheim  
zu Hause in Österreich ●

# Psychiatrie: Instrument der Herrschenden

(kai)

**Die Pharmamultis und ihre Handlanger schlagen aus der Gegebenheit Kapital, daß es den Leuten immer dreckiger geht. Österreich hat die höchste europäische Selbstmordrate, die höchste Zahl an U-Häftlingen, eine der höchsten Zahlen "psychisch kranker Menschen". Dies betrifft vor allem SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslose, Obdachlose, Behinderte und alte Menschen.**

Psychiatrie ist keine Wissenschaft mit Anspruch oder Aussicht auf Heilung, sondern vorwiegend ein psychisch und geistiger Kontrollapparat. Die sooft gelobte Psychiatriereform ist nichts anderes als die dezentralisierte und individualisierte Methode zur Kontrolle von der Norm abweichender Menschen, sprich Randgruppen und vom Leidensdruck betroffener. Nach dem Motto jeder/m seinen/ihren Psychiater gelang es den Reformern neben der klassischen Anstaltspsychiatrie, diffuse und dezentrale Kontrollstellen zu errichten. Unter dem Deckmantel "sozialer Hilfestellung" übernehmen institutionalisierte Vereine wie der PSD (Psycho Sozialer Dienst) und die sozialpsychiatrische Beratungsstelle der Caritas die anstaltsexterne "Versorgung" (Vergiftung) und Kontrolle in alle Lebensbereiche (durch SozialarbeiterInnen, Pflegepersonal, ÄrztInnen usw.); d.h. einerseits das Bild der Selbstverantwortung, durch eigene Wohnung, eigenes Geld usw., andererseits Kontrolle und Entmündigung durch zwangsweise Medikamenteneinnahme (sonst zurück in die Anstalt) und wöchentlichen Kontrollerscheinungsterminen.

Durch das ständige wachsen der Leistungs- und Massengesellschaft wird die psychische Stabilität unserer Gesellschaft herabgesetzt. Schon im Kindergarten werden die Kinder von Psychologen in Kategorien wie Legasthenie, schwer erziehbar usw., zugeteilt und dem staatlichen Erziehungsapparat ausgeliefert. Diese "Eignungstest" finden ihre Fortführung in Schulen, beim Heer, in der Lehre, am Arbeitsplatz, am Arbeitsamt usw. Ihr Sinn und Zweck ist die optimale Verwertbarkeit und Aufrechterhaltung der psychischen Stabilität. Auch die trügerischen Verbesserungen, weg vom Elektroschock, hin zum chemischen Knebel, sind nur eine Farce: 1. Leuten, bei denen die "humaneren" Neuroleptika nicht zum gewünschten Erfolg (Ruhigstellung) führen, werde, z.B. im AKH auf der psychiatrischen Intensivstation mit den klassischen Foltermethoden der Psychiatrie, sprich Elektrokrampftherapie (E-Schock) ruhiggestellt.

2. Ihre sogenannte, reformierte, humane Psychiatrie passiert auf der nicht wissenschaftlich belegten Theorie Psychosen, Schizophrenie,... liegen körperlichen "Schäden" (Krankheiten) zugrunde. Mit dieser Lüge legitimieren sie den Einsatz der Neuroleptika. Neuroleptika "heilen" nicht, sondern sind wie eine chemische Zwangsjacke. Sie wirken auf das Zentralnervensystem und Gehirn, wirken Persönlichkeitsverändernd, ruhigstellend und lähmen den Geist. Neuroleptika sind nicht

speziell gegen eine Krankheit gerichtet, sondern sind nur ruhigstellend. Die Nebenwirkungen "beschränken sich" auf, Hirnschäden, geistige Deformation, epileptische Anfälle, Parkinsonismus, Veitstanz, psychiatrisches Strangulationsyndrom, psychiatrisches Scheiterhaufensyndrom, psychiatrischer Blitztod, Lungenentzündung, Kreislaufkollaps, Leberschäden, Gelbsucht, Diabetes, Sterilität (Impotenz), Zerstörung der weißen Blutkörperchen, Trombose, Haut- und Augenkrankheiten, Schwangerschafts- und Chromosomenstörung, Trieb zum Selbstmord und Delire, Zahnausfall, Hormonstörungen und Krebs, welche Schäden müssen noch bekannt werden, bis diese chemischen Folterwerkzeuge nicht mehr eingesetzt werden. Diese Medikamente werden aber mittlerweile erfolgreich in aller Welt eingesetzt. Auch die sogenannten Entwicklungsländer, sollen von Psychiatern und deren Medikamenten nicht verschont werden. Im Jahre 1978 reiht die WHO (UNO) diverse Neuroleptika (z.B. Chlorpromazin) in die Liste der unentbehrlichen Medikamente ein. Unter dem Deckmantel der WHO wird in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungen weltweit an einer Gleichschaltung dieser Entwicklung gearbeitet. Diese Entwicklung der Psychopharmakabehandlung geht dahin, daß die Menschen die mit der "Diagnose" der psychischen Krankheit belegt werden, tendenziell lebenslänglich psychiatrisch und zum großen Teil lebenslänglich psychopharmakologisch gequält und gesteuert werden soll. In der BRD z.B. erhielten im Jahre 1984 Kinder 170 000 mal Atosil (Neuroleptika) verordnet, davon 100.000mal 1-5jährig und 30.000mal Säuglinge bis zu einem Jahr.

Nicht die psychische Störung eines/einer PatientIn wird beseitigt, sondern die Störung die er/sie seiner/ihrer Umwelt zufügt. Diese Wirkung (der Neuroleptika) fällt nicht nur gegen "psychisch Kranke". Wer jetzt "psychisch Krank" ist und wer nicht liegt immer an den jeweiligen Gesellschaftssystem und deren Herrscher und die Umgangsweise des Systems mit sogenannten "Abnormalen" (was ist schon normal). Auch alternative oder autonome Strukturen schaffen den Umgang damit nur schwer. Die Psychopharmaka werden auch gezielt gegen sogenannte "abnormale" Randgruppen (Homosexuelle, Querulanten, Obdachlose, Junkies usw.) der Gesellschaft eingesetzt. Diese Form des politischen Druckmittels Psychiatrie, zeigt sich am Beispiel des in die Psychiatrie eingelieferten Totalverweigerers Robert Richter, den sie aufgrund seiner Einstellung hin mit Neuroleptika (Psychofolter) zu brechen

versuchten.

Neben der klassischen Folter durch Psychopharmaka, E-schock, Zwangsjacke, Netzbett,... ist die Arbeitstherapie, die von der Leistungsgesellschaft gewünschte Rehabilitation. Dies betrifft vor allem sozial Schwache. Psychischer Leidensdruck wird ausgelegt als organische Krankheit. Die Bekämpfung steht in der sogenannten Wiedereingliederung in den "normalen" Arbeitsprozeß. Beispielsweise die WGW (Wiener Geschützte Werkstätten) schulen unter dem Deckmantel "sozialer Interessen" billige, willenlose Arbeitskräfte für Firmen heran. (Bestell dir doch nen Drucker bei WGW) Das alles zu einem Hungerlohn. Den gesellschaftlichen Druck kapitalistischer Interessen durchsetzen und den daraus entstehenden Wahnsinn als individuelle Krankheit und Selbstschuld (mea culpa) einzureden.

## Forderungen zur Abschaffung der psychiatrischen Anstalten:

- Abschaffung aller psychiatrischen Einrichtungen ohne wenn und aber und ab sofort. Jährliche Reduzierung der Psychiatriefinanzierung um 20% und ihre zweckgebundene Umleitung auf alternative Hilfsformen oder Übergabe dieser Einrichtungen zur vollständigen Selbstverwaltung
- Verbot und Unterbindung jedweder Zwangsbehandlung innerhalb und außerhalb psychiatrischer Anstalten.
- Generelles Verbot von persönlichkeitsverändernden bzw zerstörenden "Therapeutischen Maßnahmen" und Verbot der Forschung für solche "Therapien"
- Ersatzlose Abschaffung von Fixierung und Isolierung (Gurten, Aussonderung, Käfigbetten, Isolierräume)
- Aufhebung der rechtlichen und ideellen "Entmündigung" (Sachwalterschaft, Pflegschaft)
- Wohnräume und WGs für ehemalige PsychiatrieinsassInnen
- Autonomie in allen Fragen der Hilfeleistungen ●

Buchtips:

Peter Lehmann, Der chemische Knebel, Antipsychiatrieverlag Berlin  
 Peter Roger Bressin, E-Schock ist keine Therapie, U u. S München  
 Was ist Psychiatrie, Herausgegeben v. Franco Gagaglia  
 Irrenoffensive, Zeitung aus der BRD  
 Kuckucksnest, Zeitung aus Österreich

**Am Dienstag den 20. März um 20 Uhr findet im B.A.C.H. (Wien 16, Bachgasse 21) eine von KAI veranstaltete Diskussionsveranstaltung zum Thema Psychiatrie in Österreich statt.**

## Pyhrn:

**AutobahngegnerInnen als SpekulantInnen?**

Am 8. Februar lehnte die Grundverkehrskommission (GVK) den Kauf eines auf der geplanten Autobahntrasse liegenden Grundstückes durch Pyhrnautobahn-GegnerInnen ab. Grund: Verdacht der Spekulation. Die KäuferInnen legten Berufung ein und planen für den Fall eines Baubeginns (voraussichtlich Mai) eine Besetzung "ihres" Grundstückes.

(TATblatt-Wien, PyhrnautobahngegnerInnen)

Wie berichtet erwarb im Herbst eine KäuferInnengemeinschaft aus 25 Einzelpersonen und Vereinen ein 2000m<sup>2</sup> großes Grundstück, das mitten auf der geplanten Trasse der steirischen Pyhrnautobahn liegt. Nach der Vertragsunterzeichnung aber noch kurz vor dessen mögliche Absegnung durch die GVK wurde der ehemalige Besitzer in einem Blitzverfahren enteignet. Am 3. Februar bestätigte Minister Schüssel in II. Instanz die Enteignung. 5 Tage später lehnte die GVK den Grundstückskauf wegen Verdachts der Spekulation ab.

Die KäuferInnen-Gemeinschaft legt nun Berufung gegen den Bescheid der GVK ein, da weder die Gefahr der Spekulation gegeben, noch ein lebensfähiges Bauerngut in seinem Bestehen gefährdet ist. Der Vertrag beinhaltet sowohl das uneingeschränkte Nutzungsrecht, als auch das Erstkaufrecht bei Wiederveräußerung des Grundstückes für den Vorbesitzer.

Der ehemalige Besitzer brachte am 9. März gegen die Enteignung eine Verfassungsgerichtshof-Beschwerde ein, die jedoch keine aufschiebende Wirkung hat.

**IM ÖFFENTLICHEN INTERESSE?**

Der bisherige Verlauf der Ablösen und Enteignungen an der steirischen A9 zeigt, daß es für die Autobahnbetreiber zunehmend schwieriger wird, um ihre Lebensgrundlagen besorgte AnrainerInnen "aus dem Weg zu räumen".

Absiedelungen boten sich als letzter Ausweg aus verfahrenen Enteignungsverhandlungen an. Sie greifen einer absehbaren Entwicklung vor: Statt "billiger" Enteignung werden teure Ersatzhöfe gesucht — Autobahnflucht aus von Lärm und Abgasen verseuchten Tälern.

Für all diese Maßnahmen wird der Begriff des "öffentlichen Interesses" vorge-schoben.

Im öffentlichen Interesse scheint es also zu liegen, die Lebensgrundlagen von Bauern und Bäuerinnen zu zerstören, die Emission von enormen Mengen an Schadstoffen und damit das Waldsterben und den Treibhauseffekt zu fördern.

Seit 1960 hat das Straßenverkehrsvolumen um 550% zugenommen, während die Straßennetzlänge nur um 40% angewachsen ist. Diese Zahlen verdeutlichen, daß auch mit massivstem Straßenbau der Verkehrszuwachs nicht in den Griff zu bekommen ist.

**AUTOBAHNEN — FÜR WELCHE WIRKLICH?**

Im Verhandlungsmandat der EG-Kommission für Österreich wird der Fertigbau der Pyhrnautobahn kategorisch gefordert. Angesichts der mangelnden wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Begründungen für die Autobahn dürfte der wahre Grund für das Beharren der österreichischen Bundesregierung auf die A9 eher in diesen EG-Forderungen zu suchen sein.

Weiteres massives Interesse an dieser Transitroute besteht sicherlich von Seiten der Bauindustrie und mit ihr verflochtener Banken, denen nach der Hainburg-Schlappe von der Bundesregierung als "Entschädigung" Straßenbauprojekte in Aussicht gestellt wurden.

Wie das Engagement der Creditanstalt und Länderbank an der jugoslawischen

**Widerstand gegen den Bau der A4 (Ostautobahn)**

(global 2000)

Mobilisierungstreffen am 20. März um 19 Uhr im TÜWI (BOKU-»Türkenwirt«, Wien 9, Peter Jordanstraße 46)

Welche nicht kommen können, und trotzdem gegen die A4 aktiv werden wollen: einfach mal anrufen: (0222) 34 03 42, oder schreiben oder so: Global 2000, Wien 9, Hahngasse 15/14. ●

Fortsetzung der Pyhrn-Route zeigt, scheint das innerösterreichische Bauvolumen aber nicht auszureichen, um das gefräßige Maul der Bauindustrie zu stopfen.

Es ist blanker Hohn, einerseits mit dem Bau von Autobahnen gewaltige Verkehrsmengen zu induzieren und andererseits vom Wirtschaftsministerium Mittel aus dem Öko-Maut-Topf zur "Restaurierung" der Schutzwälder zu verlangen, wie es kürzlich die steirische Landesregierung tat. ●

**Sicheres Kuratorium**

(TATblatt-Wien)

Meinungsbefragungen, bei denen das Ergebnis von vornherein feststeht, sind immer etwas besonders Feines. Wenn dann noch die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, die ERSTE, GZ, Z, Raiffeisen, Konsum, ORF, Arbeiterkammer-tag, ÖGB, Vereinigung österreichischer Industrieller (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) gemeinsam "befragen", darf mensch ja noch gespannt sein. "Positive Erfahrungen der Bevölkerung mit der Exekutive" als Gegengewicht zur AI-Studie, so wird die "Meinungsumfrageaktion" vom Kuratorium Sicheres Österreich angekündigt und initiiert. Die oben genannten Organisationen, Banken, etc. sind unter anderem in Präsidium und Vorstand des KSÖ. ●

**Kronen Zeitung gegen Franz Novotny****Welch unglaubliche Brutalität**

(IG Autoren)

Die IG Autoren wendet sich entschieden gegen die von der "Kronen Zeitung" gepushte Denunziations- und Desinformationskampagne, die sich wochenlang gegen den Film "Die Spitzen der Gesellschaft" richtete. Das "tierliebende" Blatt beschuldigt den Regisseur Franz Novotny, Tiere in grausamer Weise gequält zu haben.

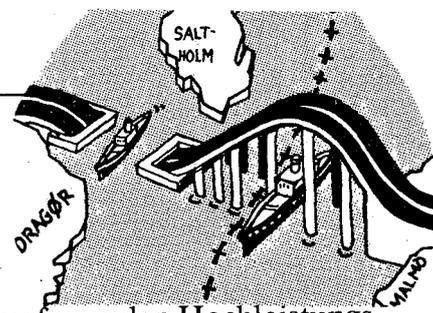
Kein Tier hat bei diesem Film, der die großen politischen Skandale der letzten Jahre künstlerisch komprimiert, "unglaubliche Brutalität" (K.Z.) erleiden müssen.

Wider besseren Wissens und ohne journalistisch korrekt recherchiert zu haben

(ganz was Neues, Anm.d.T.), hat die K.Z. eine Kampagne gestartet, die gegen die Freiheit der Kunst und die gesellschaftsrelevante Arbeit der österreichischen Kulturschaffenden agiert.

Die Methode ist nicht neu. Sie zeigt jedoch, wie sehr eine ursprünglich demokratische und unabhängige Presse zum Sprachrohr restriktiver und kulturfeindlicher Gruppen schrumpfen und verkommen kann. Daß im Zuge der Kampagne übelste antisemitische Äußerungen hochkommen, beweist, welche Kreise von "Kronen-Zeitungs"-Kampagnen dieser Art besonders "angesprochen" werden. ●

# Missing Links – fehlende Autobahnverbindungen in Europa



Die A9-Pyhrnautobahn und die A4-Ostautobahn sind nur Teile eines umfassenden Hochleistungsverkehrsnetzes für Europa, wie es den großen Wirtschaftstreibenden Europas vorschwebt. Angestrebt werden flächendeckende Schnellverbindungen, zB Oslo-Athen oder Helsinki-Lissabon; von Mitteleuropa aus soll Oslo in Zukunft in nur 10 Stunden Fahrtzeit zu erreichen sein. Das Tunnelprojekt zwischen Großbritannien und Frankreich ist genauso Teil des Konzepts wie zB das Scanlink-Projekt in Nordeuropa und die Hochleistungsbahn, von der längst schon klar ist, daß sie nicht zum Nutzen der "Massen" konzipiert ist.

## SCANLINK — AUTOBAHNWAHN-SINN AUF SKANDINAVISCH

(Arge Stop Transit)

Zwischen Hamburg und Oslo soll eine Autobahn gebaut werden, um Skandinavien an den Europäischen Markt anzuschließen. So will es der ERT, der European Roundtable of Industrialists, eine Gruppe von Industriellen aus den größten europäischen Konzernen und der EG. Und die Regierungen bemühen sich, den Willen der Industrie umzusetzen.

Zum ERT gehören Manager von:

BSN (Antoine Ribeaud, F),  
Renault (Bernard Hanon, F)  
EG (Francois Xavier Ortoli, F; Etienne Davignon, B)  
Volvo (Per Gyllenhammer, S)  
Ciba-Geigy (Louis von Planta, BRD)  
Nestlé (Helmut Maucher, CH)  
Thyssen (Karl Beurle, BRD)  
Olivetti (Carlo di Bendetti, I)  
ABB (Curt Nicolin, S)  
United Techn. Corp. (Harry Gray, USA)  
ICI, PLC (John Harvey-Jones, GB)  
Siemens (Wolfgang Sellig, BRD)  
Fiat (Umberto Agnelli, I)  
Shell (Sir Peter Buxendell, GB)  
Lafarge Coppee (Oliver Lecerf, F)  
Saint Gobain (Jose Bidegain, F)  
Philips (Wisse Dekkor, NL)

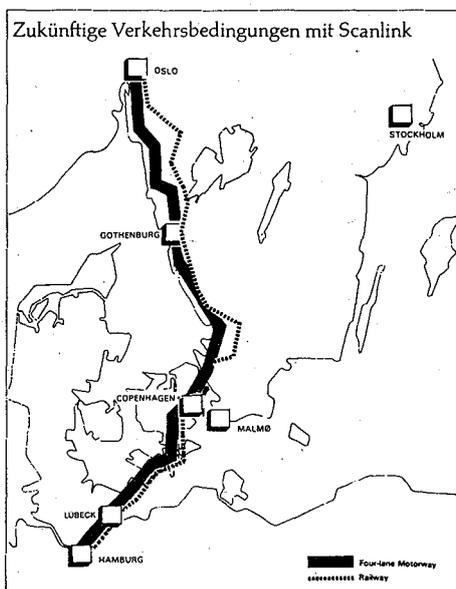
Diese netten Herren finden, daß Skandinavien zu weit abseits vom Europäischen Markt liegt. Daher wollen sie die Straße von Hamburg über Kopenhagen nach Göteborg nach Oslo ausbauen.

Die Industriellen wollen die Konkurrenz Europas erhöhen, indem sie die Industriezonen Europas zu einem einzigen gigantischen Fließband- und Montagekomplex verbinden. Dafür sind gut ausgebaute Verkehrswege notwendig (auch Alpentunnels und die Pyhrnautobahn gehören dazu!!!). Dieses Verkehrsnetz ist aber auch die Grundlage für ein neues Produktions- und Lagersystem, das "just-in-time"-System. Diese Produktionsweise zielt darauf ab, die Lager auf die Straße zu verlegen und damit Kosten zu sparen. Die produzierte Ware wird nicht wie bisher in Lagerräume gebracht, sondern direkt in einen LKW verladen. Dieser muß einen genauen Fahrplan einhalten, um das

Produkt zur nächsten Verarbeitungsstätte zu transportieren, wo es wiederum ohne Zwischenlager weiterverarbeitet wird.

Bestimmte Produktionsprozesse können außerdem in Billiglohnländer oder Länder mit lockeren Umweltschutzbestimmungen ausgelagert werden. Durch Konzentrationen von bestimmten Prozessen an Produktionsstätten (die weit vom VerbraucherInnenmarkt entfernt liegen) lassen sich weitere Kostenvorteile erzielen. Dafür braucht die Industrie ihre gut ausgebauten Straßen!

Das Scanlink-Projekt, siehe Karte:



Die bestehende Straße zwischen Hamburg und Oslo ist meist "nur" 2-spurig ausgebaut. Es gibt 2 Fahrstrecken über den Fehmarnbelt und den Öresund. Die Betreiber wollen die Straße als 4-spurige Autobahn ausbauen, und damit (nach eigenen Aussagen) das Verkehrsaufkommen erhöhen. Über den Fehmarnbelt soll eine riesige 16,5 km lange Überquerung (ein kombiniertes Damm- und Brückenprojekt) errichtet werden, eine etwas kürzere über den Öresund. Eine Brücke über den Storebelt und ein Tunnel sollen auch das dänische Festland anbinden.

Die Auswirkungen auf die Umwelt sind den Betreibern nur ein paar Zeilen wert: "Es ist nicht zu erwarten, daß das

Projekt gravierende Auswirkungen auf die Umwelt haben wird." Zynisch, wenn mensch bedenkt, daß eine 4-spurige Autobahn über idyllische kleine Schäreninseln geführt wird.

Daß ein paar Meerengen dazwischen liegen, stört den "Herrenklub" weniger als der Widerstand der UmweltschützerInnen und die zähe Bürokratie, die als Haupthindernisse für die "ehrgeizigen" Pläne empfunden werden.

Mit welchen Mitteln wird der Autobahnbau durchgesetzt? Per Gyllenhammer von Volvo machte die Ansiedlung eines Autowerks in Uddevalla in Südschweden vom Bau der 4-spurigen Autobahn Hamburg-Oslo abhängig. Trotzdem (wieso trotzdem, Anm d Tipperin) gab es dort Besetzungen, wo über 400 Personen, die die Schlägerungen blockiert hatten, festgenommen wurden. In einer Volksabstimmung stimmten mehr als 50% der DänInnen gegen den Bau der kilometerlangen Autobahnbrücke über den Storebelt. Trotzdem geben die Betreiber nicht auf.

Welche Auswirkungen der Straßenbau in Skandinavien auf Österreich hat, zeigt ein Blick auf die Landkarte: Durch den Bau der "missing links", der "fehlenden" Autobahnverbindungen verkürzen sich die Reisezeiten (Wien-Oslo in nur 10 Stunden!), daher wächst der Verkehr auf Europas Straßen rapide.

**Stoppt den Autobahnbau — europaweit!!!**

Zur Koordination des gemeinsamen Widerstands gibt es von 17.-19. März ein europaweites Verkehrsinitiativen-Treffen in Wien. Kontakt: Michael Johann, ÖH-Boku, 0222/34 25 00/685. ●



# Hungerstreik in den spanischen Knästen!

Seit dem 30. November 1989 sind die Gefangenen aus GRAPO (gruppos de resistencia antifascista primero de octubre) und PCE (Kommunistische Partei Spaniens) in Spanien im Hungerstreik. Einige sind nach jetzt 57 Tagen (25. Jänner 1990) in lebensbedrohlichem Zustand, einige nahe dem, oder im Koma, andere wurden und werden zwangsernährt, um den Hungerstreik zu brechen und die Gefangenen zur Aufgabe zu zwingen.

(TATblatt-Wien; Flugblatt, gekürzt)

Die Gefangenen kämpfen für ihre Wieder-Zusammenlegung und gegen die Politik der Isolierung.

In einem monatelangen Hungerstreik 1981 hatten sie ihre Zusammenlegung in zwei große Gruppen erreicht. Die spanische Regierung ermordete in diesem Kampf am 16.6.81 den Genossen Juan "Crespo" Gallende, indem sie ihm im lebensbedrohlichen Zustand gewaltsam ein Serum einspritzen ließ. Trotz dieses Mordes waren ihr kämpferischer Mut und ihre Unerschrockenheit nicht zu brechen.

Wir wollen auch daran erinnern, daß im Frühjahr 1981 in vielen Ländern Westeuropas revolutionäre Gefangene um ihre elementaren Rechte und gegen die Vernichtungspolitik des Staates kämpften. In Nord-Irland starben 10 Gefangene aus IRA und INLA für die Durchsetzung des "Politischen Status", in der BRD Sigurd Debus, Gefangener der Guerilla, für die Zusammenlegung.

Es entstand in Soria das Gefangenenkollektiv der ca. 70 Männer — die Kommune Karl Marx — und in Carabanchel das Kollektiv der ca. 20 gefangenen Frauen.

Die Politik der spanischen Sozialisten (der PSOE-Regierung) gegenüber diesen Kollektiven unterscheidet sich nicht von der der Sozialdemokratie und der CDU-Regierung in der BRD. Von Anfang an war es eine zähe Auseinandersetzung gegen alle Versuche der PSOE-Regierung diese Zusammenlegung wieder rückgängig zu machen. Seit 1987 wurden nach und nach einzelne Gefangene verlegt, bis nur noch kleine Gruppen in Carabanchel und Soria waren, alle anderen wurden verstreut

## Auch Ende Februar Tote in Palästina

(Arabische Liga Wien)

Eine 50-jährige Frau wurde am 15. Februar in Hebron von einem Militärwagen überfahren und starb; am 18. Februar wurde in Nablus im Westjordanland ein 17-jähriges Mädchen von den Passagieren eines Militärbusses erschossen, nachdem palästinensische Kinder den Bus mit Steinen beworfen hatten; am 20. Februar starb ein 14-jähriges Kind an dem von israelischen Soldaten zugefügten Kopfschuß; und auch im Flüchtlingslager Rafa, im Gazastreifen sind Ende Februar 2 Palästinenser von israelischen Soldaten erschossen worden. ●

allein oder zu zweit über spanische Knäste verstreut.

Den Verlegungen ging eine TREVI-Konferenz der Justiz- und Innenminister Westeuropas im Frühsommer 1987 voraus. Es folgte in den spanischen Medien eine Kampagne, die Bezug auf die TREVI-Konferenz nahm und die Diskussion mit und die Besuche von deutschen Genossinnen und Genossen diffamiert. Die Gefangenenkollektive wurden "Kommandozentralen der GRAPO" genannt (was wir hier als "Zellensteuerung" kennen) die deutschen Besucher und Besucherinnen wurden als "RAF-Mitglieder", als "deutsche Terroristen" bezeichnet. Alles gipfelte in die beabsichtigte Fragen: "Wie lange

## Philippinen: Kinder des Krieges

(philippinen-komitee)

Unzählige philippinische Kinder werden im Krieg zwischen Regierungstruppen und der Neuen Volksarmee (NPA) getötet, gefoltert und inhaftiert.

In einem Bericht an die 46. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission verurteilte Mitte Februar die philippinische Menschenrechtsorganisation TFDP (Task Force Detainees of the Philippines) das counter-insurgency Program der Aquino-Regierung. Darin wird festgestellt, daß die Politik des "Totalen Krieges" zu ausufernden Menschenrechtsverletzungen und zum Tod zahlreicher Kinder in den betroffenen Gebieten führte.

Weiters wird beklagt, daß Kinder von paramilitärischen Gruppen zum Kampf gegen die NPA-Guerrillas rekrutiert werden oder gezwungen werden, der Erschießung oder der Vergewaltigung ihrer Eltern und Verwandten durch diese von der Regierung unterstützten Gruppen beizuhelfen.

TFDP drückte ebenso tiefe Betroffenheit über den Einsatz chemischer Bomben in den Provinzen Davao del Norte und Nord-Cotabato aus, wie über die steigende Zahl interner Flüchtlinge. Allein im letzten Jahr flüchteten mehr als 500.000 Filipinos vor den verschiedenen Formen von Militäroperationen. Von März 1986 bis November 1989 wurden 990 Menschen Opfer von Morden, die mit dem Militär in Zusammenhang gebracht werden können. Im gleichen Zeitraum wurden 14.207 Filipinos vom Militär inhaftiert. Derzeit gibt es im Land laut TEDP 590 Gewissensgefängene. ●

kann das noch geduldet werden?", "Wann wird endlich eingeschritten?"

Später verschärfte die spanische Regierung auch die Angriffe auf die baskischen Gefangenen, von denen wir wissen, daß ein Teil von ihnen jetzt auch im Hungerstreik war. Genaueres wissen wir auch nicht. Auch gegen die baskischen Gefangenen zielen die Angriffe auf die Zerstörung der Gefangenenkollektive, auf die Zerstreuung der Gefangenen über viele Knäste, die Wegverlegung aus dem Baskenland, um so ihre politische und soziale Isolierung zu erreichen.

In dem staatlichen Vorgehen gegen die politischen Gefangenen offenbart sich eine vereinheitlichte Politik der westeuropäischen Regierungen. Überall, ob in Frankreich, Belgien, der BRD, Italien oder Spanien, wird die Zusammenlegung blockiert oder zerstört, werden die kämpfenden Gefangenen isoliert und "verstreut", wird versucht, sie mit einer "Politik des Dialogs und der Reue" zu erpressen.

Nach letzter Kenntnis befinden und befanden sich etwa 25 politische Gefangene in der Bundesrepublik in einem befristeten Solidaritätshungerstreik mit den spanischen politischen Gefangenen. ●

Quellen: Flugblatt der "Gruppe zum Prozeß gegen Sigg, Gabi, Sven und Stephan wegen Angriff auf die Börse" AngehörigenInfo 33

## Philippinen: Staatshaushalt für 1990: 246 Milliarden Peso

(philippinen-komitee)

Präsidentin Aquino unterzeichnete am 4.1.1990 das Gesetz über den Staatshaushalt für 1990. 38% (96,6 Mrd) des Haushalts sind für den Schuldendienst eingesetzt, allein 3,8 Mrd für den Kredit für das stillgelegte Atomkraftwerk in Bataan.

Für Landreform stehen 9 Mrd. zur Verfügung. 24,5 Mrd. sind für Verteidigung eingesetzt. Allerdings rechnen Parlamentarier mit einem Nachtrag von ca. 3 Mrd. für den Materialverlust beim Dezember-Putsch.

Als einzige Regierungsbeamte erhalten Soldaten und Polizisten eine Erhöhung ihre täglichen Lebenserhaltungskosten-Zuschusses von 18 auf 30 Pesos.

Der Haushalt weist ein Defizit von 17,5 Mrd. auf, sodaß weitere Kredite, Steuererhöhungen oder drastische Ausgabenkürzungen erwartet werden. ●

# Nicaragua sin libre

Am 26.2. verloren die SandinistInnen die Wahlen...

Wir übernehmen dazu eine Artikel aus dem »Informationsdienst El Salvador« vom 2.3.90:

(ides/E.yk.; leicht gekürzt)

Diese Sätze schreibe ich zugegebenermaßen mit Tränen in den Augen, die ich auch so schnell nicht loswerde. Seit gut drei Stunden liegt die letzte Zwischenrechnung vor, wonach nunmehr 60% der Wahllokale ausgewertet sind und damit ca 50% der Stimmen der Wahlberechtigten vorliegen und dabei hat die U.N.O. 54,3% erhalten und die FSLN (Sandinista) 41,5%. Es ist unfassbar. Nicht nur für uns. Mit diesem Ergebnis hat zu Beginn des Wahltages nahezu niemand gerechnet. Viele JournalistInnen müssen ihre vorgefertigten Berichte neu schreiben.

Dieser marode, korrupte Haufen der U.N.O. mit ihrer Marionette Violeta als Aushängeschild konnte siegessicher in den frühen Morgenstunden bei einer Pressekonferenz ihren Sieg verkünden. Wieder ablesend verkündete Violeta dabei, daß sich das Volk für die »Demokratie« entschieden hat, und sie forderte die Menschen auf, nicht auf die Straße zu gehen, um dort den Sieg zu feiern. Sie beglückwünschte alle Nicaraguaner, denn auf friedlichem Weg habe das Volk gezeigt, daß es in Demokratie, in Frieden und vor allem in Freiheit leben will. Und diese neue, in ersten demokratischen Wahlen gewählte Regierung würde auch niemals politische Gefangene produzieren. Dann spricht sie davon, daß es hier weder Sieger noch Verlierer gäbe.

Jarquín Anaya, in den Augen des KAS-Vertreters der wahrhafte Demokrat in den Reihen dieses Haufens, sagte, daß sie mit dieser Mystik des Sieges den Wahlkampf über gearbeitet hätten. »Die Basis unseres Triumphs, besser gesagt, der Triumph des Volkes mit dieser Entscheidung zum Wechsel hat ihre Grundlage in unserer Struktur des Fiscales und auch darin, daß die Bevölkerung trotz der vorhandenen Schwierigkeiten, die uns die sandinistische Regierung in den Weg gelegt hatte, Vertrauen in die Wahlen hatte... Die Fiscales waren innerhalb unserer Wahlstruktur diejenigen, die vielfache Unterdrückung zurückwiesen, um damit belegen zu können, daß die Entscheidung des Volkes sich im Wahlvorgang reflektieren konnte.«

Das Freudengetaumel der U.N.O. im Nobellokal Bambana, unterstützt von deren Freunden aus der USA und BRD, überschritt unsere persönliche Belastbarkeit. Sich vorzustellen, daß nun tatsächlich

Leute wie Alfredo Cesar, Alfonso Robelo, Steadmann Fagoth und wie sie noch alle heißen, die ehemaligen Contras in enger Kumpanei mit den wiederauferstandenen Mumien aus der Somozazeit, hier in diesem Land demnächst die Fäden in der Hand haben, überfordert momentan noch



unsere Vorstellungskraft.

Alle möglichen bisherigen Versuche, eventuell doch noch abzuleiten, daß mit der Auszählung etwas schief lief, daß eventuell die U.N.O.-Fiscales die Auszählung in den Frente-Hochburgen verzögerten, laufen bisher ins Leere. Wir werden uns wohl damit abfinden müssen, daß der Traum der sandinistischen Révolution sein »demokratisches Ende« gefunden zu haben scheint. Daß dies selbst der bundesdeutschen Botschaft und auch dem KAS-Vertreter ein unliebsames Ereignis ist, vermag uns wenig darüber hinwegtrösten, daß wieder, innerhalb kurzer Zeit, das Kapital einen weiteren Sieg in dieser internationalen Sphäre zu verbuchen hat. Der Fall der »Bastion Nicaragua« bedeutet für die nationalen Befreiungsbewegungen auf diesem Kontinent — vor allem auch im Anschluß an die erfolgreiche Interventionspolitik in Panama, eine große Niederlage. Diese sich anbahnende verheerende Niederlage fordert auch die westeuropäische (im Original stand bundesdeutsche; korr. TATblatt) Internationalismusbewegung aufs Neue heraus.

Am frühen Morgen, kurz nach der Bekanntgabe der Ergebnisse nach Auswertung von 50% der abgegebenen Stimmen hielt Daniel eine Rede und ich muß dazu sagen, es waren für mich die schlimmsten, niederschmetterndsten Momente, die ich jemals in Nicaragua erlebt habe. Daniel hat darin nochmal die Geschichte des Kampfes der FSLN aufgezeigt und daß sie halt, um den Frieden zu erreichen, diese Wahlen vorgezogen haben. Dann beschreibt er, daß sie, die Frente stolz darauf sind, daß sie als erste Partei in ihrem Land, für ihr Volk die Voraussetzungen für freie transparente, saubere usw Wahlen geschaffen haben. Er spricht in diesem Zusammenhang auch vom *pueblico conciente* (*bewußtem Volk*), das die Stimme am Sonntag abgegeben habe. Diese Kurve kann ich angesichts des Wahlergebnisses nicht nachvollziehen. Er erklärt dann, daß die Frente die vom obersten Wahlrat verkündeten Ergebnisse für sich anerkennt und er halt hofft blablabla Frieden....

Diese Pressekonferenz war absolut emotional. Daniel mit Begleitung erhielt viel Beifall. Viele JournalistInnen hatten feuchte Augen und das zum Abschluß angestimmte *adelante marchemos companeros* habe ich noch nie mit soviel zittrigen Stimmen in meinen Ohren gehört.

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen weicht für die Nationalversammlung und bei Stadtverordneten nur geringfügig ab. D.h. sämtliche StädtepartnerInnenenschaftsgruppen müssen davon ausgehen, U.N.O.-Partnerstädte zu haben. Auch unser Elektr-Projekt ist gerade ans Ministerium übergeben worden. Vielleicht gelingt es ja an dieser Stelle recht schnell, in der BRD (und und und; Anm TATblatt) gemeinsame Vorgehensweisen zu treffen. Wobei, wie gesagt, erstmal auch beobachtet werden muß, was hier die nächsten Wochen passiert. Die Amtsübergabe ist am 25. April, also noch etwas hin. Und wir vermuten, daß angesichts des unglaublichen Machtzuwachses, die U.N.O. jetzt in die überhaupt entscheidende Phase kommt, nämlich die der Postenverteilung, und da stehen reichlich Kämpfe an. Laut Boomgarden, dem neuen Botschafter, bringt dieser Wahlausgang nur mehr Probleme und Unruhe. ●

Das folgende Interview mit Karam Khella entstand nach einem Seminar mit dem Thema »Der Zionismus als ein Produkt der imperialistischen Interessen im arabischen Raum«.

Das ahistorische Verhältnis der Linken, die Zionismus als das Werk von Idealisten und Faschismus als das Werk von durchgeknallten Darstellern ohne den Zusammenhang von Imperialismus und imperialistischer Logik herzustellen, stellt uns in der antiimperialistischen Internationalismusbearbeitung vor die Aufgabe ein genaues Verhältnis zum Zionismus zu entwickeln.

Solidaritätsarbeit mit dem palästinensischen Volk und der Intifada bedeutet auch die zionistische Propaganda zu entlarven

und die imperialistischen Interessen an dem zionistischen Gebilde (»Israel«) in Palästina und weltweit aufzuklären.

Der Artikel erscheint deshalb mit einer Zeitverzögerung von 3 Monaten, weil wir vorher noch mit dem TATblatt-Kollektiv den Antisemitismusvorwurf diskutieren mußten.

Einstweiliges Resultat der Diskussion mit dem TATblatt-Kollektiv sind die Anmerkungen, Fußnoten und Buchempfehlungen, die wird dem Interview beifügen und der Wunsch, eine genaue Diskussion zum Thema Antisemitismus und Imperialismus zu führen.

*Autonome Palästina-Gruppe Wien*

# Der Zionismus

## als ein Produkt der imperialistischen Interessen im arabischen Raum

### (TEIL 1)

Interview mit Karam Khella, Dr der Sozialpädagogik an der Hamburger Uni, Autor mehrerer Bücher über den arabischen Raum (Geschichte der arabischen Völker, Ägypten, Israelisch-Arabischer Konflikt, Lybien, Imperialismus heute,...). Das Interview führte die *Autonome Palästina Gruppe Wien*.

*Warum kann Israel nicht auf eine friedliche Lösung eingehen?*

**Karam Khella:** Ja, du hast recht. Israel hat wiederholt seine Friedensunfähigkeit unter Beweis gestellt. Nicht nur Palästinenser, vertreten durch ihre höchsten Organe, PLO und Palästinensischer Nationalrat, sondern auch die Arabische Liga, vertreten durch ihr oberstes Gremium, die Arabische Gipfelkonferenz, haben Israel die verschiedensten Friedensangebote gemacht, die weitestgehende Konzessionen und Vorschläge vorsehen. Israel hat diese Lösungsvorschläge ohne Ausnahme kategorisch abgelehnt. Und das provoziert mit Recht die Frage, die du stellst, warum kann Israel keinen Frieden schließen. Offensichtlich ist Israel eine militärische Struktur, die unter Friedensbedingungen nicht existenzfähig ist. Zum anderen sicher, muß man fragen, ob die Mächte, die Israel geschaffen haben, zugleich auch die Forderung an Israel stellen, daß es dafür sorgt, daß keine Ruhe in die Arabische Region einkehren kann.

*Der Volksaufstand in Palästina, die Intifada, ist vor ca 2 Jahren ausgerufen worden. Die zionistische Besatzungsmacht in Palästina geht gegen die PalästinenserInnen mit Terror vor. Trägt die Intifada emanzipatorische Züge in sich, und welche sind diese?*

Die Intifada geht in ihr drittes Jahr. Die tragenden Kräfte des Volksaufstandes in Palästina sind mehrheitlich Jugendliche, junge Frauen und Männer, aber auch neben dem Jugendlichen sind alle anderen Altersgruppen beteiligt. Greis bis Kind. Du fragst mich, ob die Intifada emanzipatorische Züge trägt und welche dies

sind. Am Besten muß man diese Frage mit den Worten von Franz Faron beantworten, der feststellte, daß die unterjochten Völker erst in dem Augenblick befreit oder emanzipiert sind, wenn sie den Aufstand ausrufen. Ausrufen, mit dem sie sagen können, wir sind ab dem Moment nicht mehr gewillt, uns ausbeuten zu lassen, unterjochen zu lassen, ausplündern zu lassen. Der Aufstand des palästinensischen Volkes ist ein Aufstand Ausgebeuteter gegen die Ausbeuter. Es ist der Widerstand des ausgeplünderten palästinensischen Volkes gegen die zionistischen Ausplünderer, und er ist auch zugleich der erste Schritt zur Befreiung. Deshalb trägt die Intifada ein befreiendes Wesen.

*Israel wird hauptsächlich von den USA, den EG und der BRD finanziert, um deren Interessen in der Region sicherzustellen. Kannst du was genaueres dazu sagen?*

Ja, richtig ist, daß die Hauptgeldgeber von Israel die USA und die BRD sind, die BRD als Einzelstaat, aber auch die EG, denen die BRD angehört. Niemand wird unterstellen, daß diese Großmächte Israel aus Menschenliebe oder aus sonstigen humanitären Gründen unterstützen. Sondern sie tun dies ausschließlich deshalb, weil durch Israel ihre Interessen in der Arabischen Region aufrecht erhalten werden. Was sind diese Interessen? Der Imperialismus beutet die arabischen Länder aus, Die Arabischen Befreiungsbewegungen wehren sich dagegen, sie organisieren den Widerstand, ja auch den antiimperialistischen Befreiungskampf. Der Imperialismus allein ist nicht imstande, den arabischen Befreiungskampf zu zerschlagen, er ist auf die Hilfe Israels angewiesen. Die Aktionsweite Israels reicht vom Osten, dem

Irak, ich erinnere an die Bombardierung des irakischen Atomreaktors 1981, bis hin zur Westsahara, an der Atlantischen Küste, wo zur Zeit israelische Truppen gegen die Polisario, die arabische Befreiungsbewegung dort, tätig sind.

*Hier muß ich dich unterbrechen: Israel macht Counteraktionen in der ganzen Welt, besonders im Arabischen Raum, um seine Interessen zu sichern?*

Ja, in der Tat, der Aktionsradius Israels reicht in alle 5 Kontinente. Israel wird in Süd- und Mittelamerika, in Süd-Ost-Asien, in Irland und in anderen Teilen der Erde angetroffen. Aber natürlich hat Israel einen Schwerpunkt, den Arabischen Raum, und deshalb wird es von den Großmächten, die ein Interesse an dieser Region haben, finanziell unterstützt.

*Was sind eigentlich die Wurzeln dieses Konflikts? Auf welche Zeit gehen sie zurück?*

Ja, die Wurzeln dieses Konflikts hängen mit dem zusammen, was du gefragt hast, nämlich daß der europäische Kolonialismus ein Sprungbrett im Arabischen Raum brauchte, um über dieses Sprungbrett, über diese Brücke, die Arabische Region zu infiltrieren, zu beherrschen, zu unterjochen und im Falle des Widerstandes von dieser Kolonialbastion aus den Widerstand zu vernichten. Und so können wir die Wurzeln der Zionistischen Bewegung bis an die Ursprünge des europäischen Kolonialismus verfolgen. Das heißt mit anderen Worten, daß schon Napoleon nach seiner Niederlage in Palästina und Ägypten erkannt hat, daß der französische Kolonialismus auf ein siedlerkolonialistisches Regime mitten in der Arabischen Region angewiesen ist, auf einen Pfahl in der Arabischen Welt, von dem aus diese zersetzt, destabilisiert und letztlich beherrscht wird. Nach der Niederlage Napoleons und dem Aufkommen des deutschen Kolonialismus und der Erstarrung des englischen Kolonialismus haben beide begonnen, diese Ideen, die Napoleon als erster entwickelt hatte, zu realisieren. Schon Moltke spricht davon, »wir müssen

**Karam Khella spricht übrigens auch am  
Donnerstag, 15. März um 19 Uhr**

im Büro der Arabischen Liga in Wien  
Wien 3, Grimmelshausengasse 12

über die Entwicklung im Osten Europas und ihre Auswirkungen auf Auswanderungswellen nach Palästina, und auf das Amerikanisch-Sowjetische Einvernehmen über Nahostkonflikte.

Palästina in ein deutsches Fürstentum verwandeln«, das bedeutet natürlich, daß man aus deutschen Bürgern diejenigen aussuchen soll, die vielleicht ein besonderes Motiv in Palästina hätten. Und wenn es diese Gruppe noch gibt, dann mußte man dieses Bedürfnis, nach Palästina auszuwandern, künstlich erzeugen. Man kann also zusammenfassend sagen, daß mit der Entwicklung des europäischen Kolonialismus im 19. Jahrhundert auch zunehmend die Idee des Siedlerkolonialismus für Palästina stärker wurde. Und als Träger dieses Kolonialismus ist der Zionismus erfunden worden. Der Zionismus hatte die Aufgabe, die Siedler anzuwerben, und sie aus den europäischen Menschen jüdischen Glaubens zu rekrutieren.

*Also sind deiner Meinung nach die Juden kein Volk?*

Ja, das hab ich so gesagt. Das Judentum ist der Ausdruck für eine Religion, wie auch das Christentum, der Islam und der Buddhismus. Dies ist die Bezeichnung für eine Religion, und nicht die Bezeichnung für ein Volk. Die Juden gehören den jeweiligen Völkern an, in denen sie territorial zusammenleben: die arabischen Bürger jüdischen Glaubens, die deutschen Bürger jüdischen Glaubens, die russischen, die polnischen usw. Das sind vom Volk her Araber, Deutsche, Russen und Polen, von der Konfession her Juden. Volksmäßig gehören die den Nationalitäten an, religiös gehören sie den jüdischen Gemeinden an.

*Vorhin hast du gesagt, die Imperialisten haben einen Stützpunkt im Arabischen Raum gesucht, und deshalb war Palästina wichtig für sie. Hier bestätigst du die These, daß die Zionistische Bewegung von den Imperialistischen Mächten geschaffen wurde, um ihr Interesse in der arabischen Region zu sichern, und daß sie ihnen vorgeschrieben haben, wo sie den zionistischen Staat machen sollen. Weil für die Angehörigen des jüdischen Glaubens mit imperialistischen Gedanken (= Zionisten; Anm. Aut. Pal. Gr.), nicht nur Palästina in Frage gekommen ist, sondern auch Uganda oder Argentinien. Wie ist es den Imperialisten gelungen, die Zionisten dazu zu bringen, nach Palästina auszuwandern, und nicht nach Uganda?*

Der frühere Zionismus war nicht fixiert auf Palästina. Im Gegenteil. Bei Theodor Herzl finden wir Tagebucheintragungen, in denen er sagt, daß Palästina nicht in Frage kommt, wie er sagt, aus klimatischen Gründen, und wegen der Nähe zu Europa und Rußland, wie Theodor Herzl schreibt. Und aus rassistischen Gründen, weil er nicht in der Nähe von Palästinensern und Arabern wohnen will. Insofern ist es richtig, daß der Zionismus durchaus andere Vorstellungen hatte, nämlich Uganda, und auch dann seine Funktion gesehen hätte, nämlich Afrika für den Imperialismus zu erobern, oder auch Argentinien und damit sich die Funktion zugeschrieben hat, eine Bastion für europäischen Kolonialismus in Südamerika zu haben. Später ist der Zio-

nismus dann zunehmend auf Palästina orientiert gewesen, vor allem deshalb, weil die Geldgeber, die Großmächte, die den Zionismus finanziert haben, gesagt haben, wir "brauchen dieses Projekt für die Beherrschung der Arabischen Region und nicht für andere territoriale Gebiete, bei denen wir nicht auf den Zionismus angewiesen sind.

*Was sind dann die Wurzeln des Antisemitismus?*

Der Antisemitismus ist ein ausschließlich europäisches Phänomen. Es ist falsch eine Propaganda zu betreiben, wie von Seiten der zionistischen oder europäischen Organisationen, die den Eindruck erweckt, als wäre der Antisemitismus ein weltweites Problem. Der Antisemitismus ist ein typisches Produkt der europäischen Krise und ist zum Beispiel in der Arabischen Welt oder in Asien und in Afrika völlig unbekannt, ausgenommen europäische Inseln in diesen Gebieten, die möglicherweise dieses Problem mitschleppen. Weiters ist es falsch anzunehmen, daß die Menschen

in Europa, wenn sie nicht Juden sind, antisemitisch sind, wie Theodor Herzl dies gerne suggerieren möchte. Theodor Herzl teilt die Menschen so allgemein in Juden und Antisemiten. Die Antisemiten teilt Herzl wiederum in verschämte Antisemiten und unverschämte Antisemiten. Dies ist eine Sichtweise, die den Antisemitismus braucht, um den Zionismus zu rechtfertigen. Die Analyse des Antisemitismus zeigt natürlich verschiedene Züge, die teilweise ökonomisch motiviert waren, teilweise rassistisch motiviert waren. In der Zeit des Feudalismus hängt der Antisemitismus mit der feudalen Krise der europäischen Gesellschaft zusammen. Im Frühkapitalismus hat dieses Phänomen Antisemitismus einen Zusammenhang mit der kapitalistischen Umorganisation der Gesellschaft. Man muß die Komplexität dieses Phänomens ständig auf die materielle Basis der Gesellschaft zurückführen, aus der der Antisemitismus hervorgegangen ist. ●

*Dieses Interview wird im nächsten TATblatt fortgesetzt!*

*Weitere Artikel zum Thema sind geplant.*

aus »Antisemitismus und Imperialismus«; Theorie&Praxis-Verlag, von Initiative Internationale Solidarität, 1988

#### Die »Judenfrage« in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts — Ursachen und Hintergründe der Judenvernichtung

Die »Judenfrage«, die am Anfang dieses Jahrhunderts anbricht, ist eine neue »Judenfrage«: sie hat mit der sozialen Funktion der Juden als »Geldmenschen« im späten Mittelalter und mit dem daraus folgenden Widerstand der sozialen Schichten, die entweder die Träger der Naturalwirtschaft (Bauern) waren oder den lokalen Warenaus und die sich daraus ergebende Konkurrenz einer strengen Regulierung unterzogen (die städtischen Zünfte), nichts mehr zu tun.

In den Ländern Westeuropas und Nordamerikas wurde diese Phase durch die Assimilation der Juden d.h. durch das Aufgehen des jüdischen Partikularismus in der kapitalistischen Gesellschaft, als diese sich gegen die alte feudale Ordnung endgültig durchsetzte, weitgehend abgeschlossen. Die Assimilation setzte sich deshalb durch, weil die Juden niemals eine nationale Gruppe darstellten; sofern sie sich durch ethnische und religiöse Eigentümlichkeiten absonderten, mußten sie im Schmelztiegel des nationalen Marktes aufgehen, während ihre alte Funktion

als Träger des Geldverhältnisses sich in der kapitalistischen Gesellschaft auflöste. Die damalige Emanzipation der Juden war der politische Ausdruck dieser Assimilation.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts verlagert sich die »Judenfrage« auf die Länder Osteuropas, die dabei sind, ihre kapitalistische Umwälzung durchzumachen. Zuerst sieht es so aus, als ob der gleiche Prozeß sich wiederholen sollte. Aber schon am Jahrhundertende stößt der Einwandererstrom, den die »ursprüngliche Akkumulation« in diesem Gebiet in Gang gesetzt hat, auf die neuen Bedingungen, die der entwickelte Kapitalismus im Westen bereits weltweit durchgesetzt hat.

So ist die »Judenfrage« des 20. Jahrhunderts vielmehr die Erscheinungsform der Bevölkerungssfrage unter den Bedingungen eines Weltkapitalismus, der am Ende seiner extensiven Akkumulation steht. Von nun an führt jede Fortsetzung der Akkumulation zur Freisetzung gigantischer Menschenmassen, die der Produktionsprozeß nicht mehr auffangen kann und für die territoriale Verschiebung ausgeschlossen ist, weil das Kapital die ganze Welt im wahren Sinne des Wortes besetzt hat.

Die Vernichtung der Juden als besonderer Fall der Beseitigung der vom Imperialismus produzierten Menschenüberschüsse war Bestandteil eines allgemeinen Vernichtungsprozesses,

der von den Überproduktionskrisen eingeleitet wird und im imperialistischen Stadium ein ungeheures Ausmaß annimmt.

Wenn wir den Determinismus dieses Prozesses betonen, so deshalb, weil es zu verstehen gilt, daß er dem Kapitalismus bis zu einer restlosen Zerschlagung innewohnt. Nach dem Weltkrieg hat sich der Massenmord quasi ununterbrochen fortgesetzt — auf dem Schlachtfeld der kolonialisierten Gebiete, wie es für Polen im 2. Weltkrieg der Fall gewesen war. Man könnte ohne Mühe ein paar Dutzend »Judenfragen« aufzählen, die in den letzten vierzig Jahren außerhalb Europas aufgebrochen sind. (Abraham Léon, Judenfrage und Kapitalismus. München 1971, S90/91. Vgl mit Frantz Fanon, der ähnliche Pogromerscheinungen in den afrikanischen Ländern in den Zusammenhang mit den imperialistischen Verhältnissen stellt. Fanon, Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt 1981, S131, 133.)

Im Zuge des 1. Weltkrieges wurde das sog. Überbevölkerungsproblem zu einer permanenten Erscheinung des Imperialismus. Zwei Merkmale prägten die neue Situation: Zum Einen der verstärkte Wanderungsstrom insbesondere aus Osteuropa in den Westen, zum Anderen das Ende der sog. Aufnahmefähigkeit derjenigen Länder, in denen die Kapitalakkumulation an die Grenzen einer unabsetzbaren Überproduktion stieß.

Hugo P. & Sepp R. (mit freundlicher Genehmigung von Eduard Z.):

# Hoppala

Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des

## MATHIAS N.

und seiner lieben FreundInnen

Für Günther B.

### Was bisher geschah:

Der Soziale Frieden scheint erschüttert auf der alpenrepublikanischen Insel der Schläfrigen. Eine unerbitterliche Gruppe von unentschlossenen RevolutionärInnen treibt ihr Unwesen im Zentrum der Donaumetropole. Der Imperialismus kennt kein Entrinnen und schnauft seine letzten Atemzüge, während Mathias N. und alle um Befreiung kämpfenden Frauen und Männer dieses Universums einer ungewissen Zukunft entgegenschreiten.

In der Nacht vom 27. auf den 28. September 1989 jedenfalls beanschlagten Mathias N. und GenossInnen bar jeder Spurenhinterlassung einen Schweinekonzern in Wien. Im Vorfeld der Opernballmüchtegern-unruhen errichteten sie flammende Straßensperren und schließlich raubten sie auch noch durch gezielten Einsatz von Flummis manch geruhsamen Sicherheitswachebamten die unverdiente Nachtruhe.

Und der Kampf geht sogar noch weiter....

### Folge 10: Wer hören will, muß füllen

**K**eine drei Meter siebzig ist dieses finstere Gässchen breit. Von den grauen Laternen sollte ohnehin schon einmal prinzipiell, wegen der nachmittäglichen Stunde, aus energiesparender Motivation herrührend, nur mehr jede zweite ihr Licht in das unergründbare Dunkel des Weges strahlen. Doch auch von diesen, ohnehin nur mehr wenigen Lampen vermag nur mehr knapp die Hälfte ihrer Bestimmung zu entsprechen.

An schönenen Nachmittagen sind die Leuchten nur allzuoft beliebtes Übungsobjekt junger Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich nach Erledigung ihrer Schulaufgaben im Steinschleudergebrauch üben. Bei der Zerstörung einer Leuchtstoffröhre winken atemberaubende Punktezahlen — weitaus mehr als bei Zerschuss einer der zahlreichen Fensterscheiben in der danebengelegenen verlassenen Fabrikshalle. Doch auf den Punktwettkampf kommt es eigentlich eh nicht an. Es macht sich auch keineR nie die Mühe, die gesammelten Punkte zusammenzuzählen und ein Gesamtklassement zu erstellen.

Die Stadtverwaltung hat es längst aufgegeben, die kaputten Leuchten regelmäßig zu reparieren. Warum denn auch? An braven Bürgerinnen und Bürgern wagt sich ohnehin keineR mehr hier durch, sobald die Sonne hinter dem Leopoldsberg verschwunden ist.

Von der Pflasterung der Gasse ist nicht mehr viel zu sehen. Dies liegt zum Einen sicherlich daran, daß, wie schon obig ausgeführt, die Lichtverteilung hierorts um diese Zeit jeder städtebaulichen Konzeption spottet, zum Anderen daran, daß sie allorts von Sand, Steinchen und Unmengen von Glassplintern überdeckt ist. Manch Schlagloch wurde vor unzähligen Zeiten mal mit Asphalt aufgefüllt, manch anderes erst unlängst mit Ästchen und Blättern, die den spärlich durchfahrenden Autos manch stoßendämpfende Überraschung zu beschern vermögen. Die durchdradelnden Kinder kennen die Löcher schon so gut wie die Westentaschen ihrer Eltern. Der eine oder andere Achter an den Vorderrädern zeugt jedoch von einem schwelenden Generationskonflikt...

Nun aber ist von den jungen Leuten nichts zu sehen. Durch die Gasse weht nur ein sanfter Wind (durchaus vergleichbar mit dem Wind, der in Folge 8 durch die prachtvolle Wiener Ringstraße(!) gezogen ist. Lediglich von Regentropfen ist derzeit schier gar nichts zu spüren. Das freilich, könnte sich rasch ändern, tut es aber nicht.) Die Gasse ist erfüllt von, nicht im geringsten anheimelnder, Stille, die sich mit dem Rauschen der fernen Stadtautobahn und dem Scheppern aneinanderstoßender Güterwagens am nahen Frachtenbahnhof mischt. Aus den Bahnhofslautsprechern

gekreischte Anweisungen an das Verschubpersonal vergehen hier, fernab der Gleise und Weichen, in Nichtigkeit. Von irgendwoher schallt das Bellen eines Hundes. Mag es ein streunender sein, oder ein Wachhund zur Verstärkung eines Wach- und Schließgesellschaftsangestellten bei seinen nächtlichen Runden durch die schier endlosen Lagerhallen? Egal.

Eine der letzten noch funktionierenden Leuchtstoffröhren dürfte sich inzwischen ebenfalls dem Ende ihrer sinnkargen Existenz nähern, und beginnt zyklisch zu erlischen und neu zu erzünden. Ein letztes Aufflackern der nurmehr spärlichen Lebenskräfte. Lange wird sie es nicht mehr machen.

Plötzlich, es ist etwa 2 Uhr, mischt sich in das postromantische Flackern der kaputten Leuchtstoffröhre das präexekutive Blinken eines, einem langsam um die Ecke kommenden Funkstreifenwagen, vorausleitenden Blaulichtes. Das Folgetonhorn ist ausgeschaltet. Weniger aus Rücksicht auf die schlafende Bevölkerung, als vielmehr aus Selbstmitleid der im Wagen sitzenden Beamten, die das Tatü-Tata schon nicht mehr hören können. Wenn sie tagsüber irgendwann irgendwo in einen nervenaufreibenden Stau geraten, müssen sie ohnehin allzuoft davon Gebrauch machen.

»Was, da in de Gass'n müß ma jetzt eine? Des derf do ned wahr sein, bittegar-

schee, oder?» — »Oja« Der Beamte am Beifahrersitz vergleicht noch einmal den Gassennamen am Straßenschild (den Straßennamen am Gassenschild?) mit dem gekritzelten Gassennamen auf dem Zettel, auf dem er sich den Einsatzort, zu welchem sie hindirigiert worden sind, aufnotiert hat. »Des stimmt scho, fahr eine!« Sicherheits- halber greift er auch zum Funkgerät und meldet die näheren Umstände ihres Tuns. Irgendwie haben die beiden braven Beam- tens schon so ihre Zweifel. Diese verstär- ken sich auch noch, wie sie endlich tatsäch- lich in die Gasse eingebogen sind. »Wo bitte is jetza dieser umgekippte Sattel- schlepper? Sichst du was?« — »I sich gar nix, aber es is ja auch ziemlich finster da, oder?« — »Aber es hat ja ghasen, daß er de ganze Läng über de Straßen liegt, und die halbe Ladung in der Gegend verteilt ist...« — »Ja, 3 Tonnen Knusperriegel in den Geschmacksrichtungen Caramel, Edelherb, Erdbeer, Banane und Olive.« — »Olive, pah, grauslig, wer isst denn sowas?« — »Trotzdem soll es schon zu ersten Plün- derungen gekommen sein, hat's gheissen! Darauf ist unbedingt Bedacht zu nehmen!« Das Funkstreifenauto rollt langsam immer weiter diese finstere Gasse entlang. »Wahrscheinlich haben die Plün- derer den ganzen Sattelschlepper eing- steckt und san abghaut!« — »I waß ned, du, i sag da ans...« — »...des Ganze is a blöder Scherz!« — »Richtig! Ein Fehlalarm! Wieder amoi! Der dreiundvierzigste in dera Wochen!« — »I mechat wissen, wieso wir dem eigentlich immer noch allerweil nachgehen. Ist die Exekutive nicht lernfä- higer?« — »An jeden Nöttruf gemma eh nimma nach. Wie gestern dieses alte Muat- erl angerufen hat, und dahergwant hat, daß genau vor unserm Wachzimmer a Un- bekannter de Türschlösser von unserm Funkstrafenwagn mit Mister Superkleber verpickt, da war uns des eh ein paar Haus- nummern zu blöd. Dem san man nimma nachganga. Da ham mir de Oide darauf aufmerksam gemacht, was Irreführung von Behörden kostet, und darauf hat sie ihre Beobachtung ganz schnell zurückzo- gen! So vü schnö. So schnö hast gar ned schau'n kennan.« — »Hat der Mechaniker- trupp den Wagen inzwischen schon abholt?« — »Na. Der Gustl schurlt ah scho wie deppart ummanand, weil er im Wagen an ausgefüllten Totoschein liegen hat, den er unbedingt abgeben muß, und zudem er aber ned zuwekann, solange de Schlösser ned austauscht san. Und morgen am Abend is Annahmeschluß.« — »Ja, wie heißt's im Lotto? Alles ist möglich!« — »Es war Toto, nicht Lotto!... Aber, was is, fahr ma weida? Gib durch, daß des a falscher Alarm war! Da gibt's kan Sattelschlepper!« Der Beifahrer greift zum Funkgerät. Doch da: Plötzlich vernimmt er einen eigenarti- gen Stoß, und ein eigenartiges Geräusch. Ein Zischen. Die beiden Kollegen schauen sich an.... Der Beamte beeilt sich einen Funkspruch loszuschicken, wie er sich seit Wochen schon nicht mehr beeilt hat, sol- chiges zu tun. »Fritzl von Fritzl 7! Drin-

gend! Sind Einsatzort Scherbergasse ein- getroffen. Werden offenbar angegriffen. Schadensaufnahme derzeit nicht möglich. Vermutlich Luftaustritt aus den Vorder- reifen. Von Personen ist keiner zu sehen.«

\*\*\*

»Gwonnen!« Ein Freudenschrei durchfährt die kleine Garconiere, in der die Gruppe von GenossInnen — unter ihnen Mathias N. — beisammensitzt, oder viel- mehr kauert, im Augenblick eigentlich springt, und sich gegenseitig um den Hals fällt. Mehr als eine Stunde sind sie jetzt schon beisammengesessen und haben gebannt dem Polizeifunk zugehört.

Obwohl es eigentlich die Wohnung von Isabella ist, in der sie sich gerade aufhalten, ist ebenjene derzeit nicht unter ihnen. Sie ist, vor schon bald anderthalb Stunden zu- sammen mit Anna aufgebrochen, um von einem besonders weit entfernten Telefon- hüttl aus ein wichtiges Telefonat zu führen, mit dem Polizeinotruf, nämlich.

Auf dem Hinweg sind sie auch bei der Scherbergasse vorbeigekommen, und haben dort, an einer besonders finsternen Stelle, zwei »Nagelbretter«, also Bretter, mit etwa 4 Millimeter dicken, weit heraus- ragenden, an den Enden spitz zugefeilten Metallstiften, hinterlegt. Damit sie auch im Scheinwerferkegel eines Funkstreifenwa-

gens nicht allzuleicht zu sehen sind, haben sie sie mit Zeitungspapier und kleinen her- umliegenden Ästchen verdeckt. Wäre der, den stichhaltigen Erfolg der Aktion bele- gende Funkspruch nicht gekommen, wäre es an Mathias und Horst gelegen, in die Nähe der Scherbergasse zu radeln und dort einen ausgedehnten Spaziergang zu beginnen, in dessen Verlauf sie zufällig über die Nagelbretter gestolpert wären, und es unauffällig entfernt hätten, ehe am nächsten Tag ein unbeteiligtes Kind oder sonst eine Person darüberraodelt. Diesen Ausflug können sich die Beiden jetzt sparen. Die Bretter werden von der Polizei aufgesammelt und vergeblich nach Spuren untersucht.

In der Garconiere Isabellas werden die beiden schon erwartungsvoll von ihren Ge- nossInnen erwartet.

Bedenken, daß die Polizei mit Hilfe von Fangschaltungen herausfinden könnte, welche sie da so genarrt hat, haben die GenossInnen schon in der Vor- bereitung zerstreut. Die Polizei kann höch- stens herausfinden, von welcher Telefon- zelle aus sie angerufen und von dem umge- kippten Sattelschlepper informiert worden ist. Da die Beamten dort aber sicherlich keine Spuren auffinden werden, die auf Isabella und Anna schließen könnten, haben sie auf diesem Weg nicht die gerings-



wien bei nacht  
(post revolutionär)

te Chance, der Behördenirreführerinnen habhaft zu werden.

Ernster genommen haben unsere prärevolutionären FreundInnen da schon die Tatsache, daß beim Polizeinotruf mit Gewißheit ein Tonband mitläuft. Und anhand der Stimme ist eine Person einigermaßen hundertprozentig identifizierbar.....

»Gemeinhin wird zwischen zwei verschiedenen Stimmen-Identifizierungssystemen unterschieden«, wußte Mathias schon bei einer Vorbesprechung aus einschlägigen Broschüren vorzulesen. »Die 'subjektive' Analyse besteht im Stimmenvergleich durch einen Sprechwissenschaftler oder eine Sprechwissenschaftlerin, das heißt, der erfolgt quasi über ein menschliches Ohr, wie auch wir die Stimmen von Bekannten auch unter erschwerten Bedingungen, durchs Telefon, aus Lautsprechern, oder so, mit Sicherheit erkennen.

Bei der sogenannten 'objektiven' Analyse erfolgt die Vergleichsarbeit über einen Geräuschspektrographen. Diese Methode ist ein elektronisches Verfahren, mit dessen Hilfe die menschliche Stimme bildlich dargestellt wird. Stimmabdrücke, 'Spektrogramme' genannt, sind die Aufzeichnungen eines Geräuschspektrographen, der die Energie, die frei wird, wenn eine oder einer ein Wort ausspricht, elektronisch aufzeichnet. Wann immer diese Person dasselbe Wort sagt, ganz wurscht, ob sie ihre Stimme verstellt, ob sie in einer anderen Tonhöhe oder so redet, der Stimmabdruck wird im Wesentlichen immer der gleiche sein.

Das ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Stimmqualität durch die sogenannten Vokalhöhen (in der Kehle, im Nasalsystem und im Mund) bestimmt wird, sowie im weiteren durch die Struktur und den Gebrauch von mehr als einem halben Dutzend Vokalmuskeln an den Lippen, den Kiefern und der Zunge.

Die Polizei könnte also ein Tonband mit einer Stimme, etwa von einem irreführenden Notruf, mit einem anderen Tonband vergleichen. Etwa einem Band, das sie aufnimmt, wenn sie Tatverdächtige vorlädt, um den selben Text auf ein Vergleichstonband zu sprechen.

Zur Aufnahme einer Vergleichsstimme versucht die Polizei nach Möglichkeit den »Tattext« oder einen unverfänglich erscheinenden Text, der alle vom Täter oder der Täterin verwendeten Wörter enthält, von der verdächtigen Person nachsprechen zu lassen.

Das Schwierige für die Kibarei ist dabei, daß gewissermaßen die Mithilfe der verdächtigen Person notwendig ist. Unter besonders ungünstigen Voraussetzungen eignen sich allerdings auch neutrale Banaufnahmen, die von einer Person privat angefertigt worden sind, und von der Polizei für die Vergleichsanalyse beschlagnahmt werden. Technisch ungenügende Aufnahmen liefert hingegen ein zum Beispiel während einem Verhör versteckt installiertes Mikrofon. Grundsätzlich sollten für die Vergleichsaufnahmen die gleichen räumlichen Voraussetzungen (zB Telefonkabine) gegeben sein, unter denen das Tatgespräch stattgefunden hat.

Alles in Allem ist die Stimmenidentifizierung also ein nur unter günstigen Voraussetzungen funktionierendes System. Es wird daher — im Moment wenigstens noch — von der Polizei nur in schwerwiegenden Fällen angewendet. Bei irreführenden Notruf-Anrufern ist daher keine große Gefährdung anzunehmen. Was anders wäre natürlich eine anonyme Bombendrohung, oder ein BekennerInnenanruf nach einem Anschlag, oder so.

Selbst bei PiraInnenender, wie dem Autonomen Stadtfernsehn oder so, ist die einzige relevante Möglichkeit, die UrheberInnen rauszufinden, daß die SprecherInnen von Leuten an der Stimme erkannt werden, und dann nicht dicht gehalten wird. Erst wenn sich auf die Tour irgendwelche Verdächtige herauskristallisieren, kann die Polizei mit Stimmanalyse die Schlinge zu ziehen, oder so, ned wahr.

Trotz der technischen Vollkommenheit der Stimmen-Identifizierung gibt es aber noch Möglichkeiten, um einen Stimmenvergleich zu erschweren oder gar zu verunmöglichen. Als erstes sollte man oder frau sich selbstverständlich nie dazu hergeben, für die Polizei einen Vergleichstext zu lesen, auch dann nicht, wenn man oder frau wirklich 'unschuldig' ist, oder so. Außerdem müssen die diktierten Vergleichstexte von der verdächtigen Person mehrmals hintereinander auf Band gesprochen werden, damit die Polizei feststellen kann, ob der Versuch gemacht worden ist, mit verstellter Stimme zu sprechen.

Ja, und was noch wichtig ist: Verschiedene Sprecharten können nicht miteinander verglichen werden, also beispielsweise Hochdeutsch nicht mit Mundart. Das berühmte Nase-zuhalten ergibt auch eine geringe Veränderung der Vokalhöhe im Na-

salsystem, was einen etwas anderen Stimm- ausdruck ergibt.«

\*\*\*

Während sich unsere prärevolutionären FreundInnen noch einen lustigen Abend machen, geht andernorts ein Mechanikertrupp der Bundespolizei an die Reparatur des luftentleerten Funkstreifenwagens. Die örtliche Bevölkerung hat von dem Ereignis inzwischen auch schon Notiz genommen und ist — geweckt von unzähligen Folgetonhörnern — in Scharen aus den Betten gekrochen und in die Scherben-gasse gezogen, um das spannende Schauspiel zu verfolgen. Die Polizei hat allerhand aufgeboten: vier Funkstreifenwagen aus dem Bezirk, drei Sektorwagen der Alarmabteilung, eine Abordnung des Büros für Erkennungsdienst, Kriminaltechnik und Fahndung, eine Handvoll Staatspolizisten und ein polizeieigenes Feuerwehrauto. Auch das Doku-Team aus dem Innenministerium ist schon unterwegs. Während die meisten Beamten ziemlich geschäftig vor den schläfrigen ZuschauerInnen auf und ab laufen, kommt sich die Besatzung des Feuerwehrautos etwas deplaziert vor. Glücklicherweise gesellt sich nach einer halben Stunde ein Staatspolizist auf ein kleines Plauscherl zu ihnen.

Die gedemütigte Funkstreifenbesatzung, die dem feigen Attentat auf ihre Reifen so kläglich zum Opfer gefallen ist, wird, unter dem Gewinke zahlreicher, Anteil nehmender Kinder, im Wagen zweier Kollegen vom Schauplatz der tragischen Ereignisse evakuiert.

Für heute ist die Luft draussen, aber der Kampf geht immer noch weiter. Die prärevolutionären Umtriebe nehmen kein Ende nicht.

Die am Beginn dieser Folge nur mehr sporadisch aufgeflackerte Leuchtstoffröhre spendet inzwischen, aus vollkommen unerklärlichen Gründen — als ob sie aus den, in ihrem Scheine geschehenen Vorkommnissen neue Kraft geschöpft hätte — der, davon aber nicht im Geringsten beeindruckten, Bevölkerung wieder anhaltendes, heimeliges Licht. Sie wird erst in drei Tagen von einem verirrtten Stein aus einer kindlichen Schleuder, für immer zum Erlischen gebracht. ●

Fortsetzung folgt.

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

 Das andere Papier.	<b>WIEN</b> 1020 Springerg. 1 Tel. 2166305	<b>WIEN</b> 1070 Schottenfeldg. 53 Tel. 964307	<b>GRAZ</b> 8010 Glacisstr. 23 Tel. 832703	<b>LINZ</b> 4020 Waltherstr. 2 Tel. 283420
--	---	---	---	---

# LeserInnenbriefe

Hier schreibt wohl eine Eurer untypischsten Leserinnen (24/168/104 kg; Ex-Buchhändlerin, dzt Mutter & Hausfrau,...) Aber das tut wohl nichts zur Sache.

Ich bin außerordentlich wütend. Wütend auf mich, weil ich mich hinter meinen Kindern versteckt habe und sie (auch vor mir) als Begründung benutzt habe, um nicht auf die Demo gehen zu müssen.

Ich bin wütend auf die Polizei, weil sie mir Angst macht, dies aber in alltäglichen Situationen: zB April 1986: Autounfall — Sachschaden — zur Absicherung beider Parteien Polizeiprotokoll; nächstes Revier Juchgasse. Wir wurden höflichst behandelt (da korpulente Schwangere mit konservativ wirkendem Mann nebst 2 Arabern, aber Ärzte)

Durch die Tür hörten wir Schreie wie: »Net hau'n, bitte net hau'n! Loßts ma mei Uahr« etc. Sichtbar durch eine Halbmilchglästür: Schatten mit einer niedersausenden Hand — mehrmals.

Kurz nach uns betraten 3 türkische Frauen das Revier und setzten sich auf freistehende Stühle. Bulle kommt hinter seiner Barriere hervor und scheucht die Frauen mit folgenden Worten und Taten auf: »Es Tschuschenweiber iahr hobts do nix zum Sitzn!« Da die angesprochenen Türkinnen des ach so herzergreifenden Wienerisch nicht mächtig sind, werden sie von ihm angerempelt, gestoßen und die Sessel werden ihnen fast unterm Hintern weggezogen. Meine halbblaue Bemerkung »Was soll das? Lassen Sie die Frauen doch sitzen!« wird mit einem bitterbösen Blick und dem Griff zum Gürtel, nahe Waffe, belohnt. Da ich mich vor Angst fast anmache halte ich den Mund und bin froh, das Revier wieder unbehelligt verlassen zu dürfen.

Mir, Freunden und Bekannten sind ähnliche und schlimmere Dinge teilweise selbst passiert (zB Verhaftung wegen »Panzerparadenstörung«) oder haben sie aus nächster Nähe miterlebt.

Andererseits sieht ein Polizist seelenruhig zu, wie sich 2 Männer am Karlsplatz mit Messern attackieren und schreitet erst ein, wenn einer der beiden blutend am Boden liegt und der andere das Weite sucht. Ich habe Angst, wenn ich einem Polizisten begegne, obwohl ich mir gegenwärtig keiner Gesetzesübertretung bewußt bin. Zur Ehre muß ich sagen, daß mir 1x ein Polizist hilfreich zur Seite stand, als ich nächstens extrem belästigt wurde.

Weiters bin ich wütend auf Euch, bzw dem/der VerfasserIn des LeserInnenbriefs, weil er/sie/ihr gezielte Anschläge für OK befindet. Ich bin gegen jedwede Form von tätlicher Gewalt, finde dagegen Wortgewalt richtig und wichtig, aber nicht in Form von Unterdrückung. Falls Faschos mich angreifen, werde ich mich verteidigen, bzw versuchen, anderen zu helfen — aber das ist ein anderes Thema.

Ich bin wütend und zornig, teils verbittert, wegen so vieler Dinge, daß ich den Rahmen eines Briefes sprengen würde.

ICH WÜNSCHE MIR: eine gewaltlose Gesellschaft, in der jeder Mensch ist, und als solcher angesehen wird, mehr Umweltbewußtsein, viel, viel, viel mehr Toleranz gegen-

## Liebes TATblatt!

über Minderheiten, und Menschen, die nicht in die Norm passen zB gegenüber Homosexuellen und Lesben, Dicken, Behinderten, AusländerInnen, etc. Ich wünsche mir keine korrupten Politiker, sondern politische Menschen mit Idealen. Ich wünsche mir, daß Faschos zur »Vernunft« kommen, und wieder zu Menschen werden (dasselbe gilt für Polizisten).

Ich wünsche MacDonalds den Konkurs, PelzträgerInnen die Krätze, damit sie sie frei-

willig ablegen, TATblatt, auf daß es wachse und sich vermehre, ich wünsche, wünsche...

Lacht mich nicht allzusehr aus:

1. weiß ich, daß ich naiv bin
2. wird frau ja noch träumen dürfen

EMMa

•

## Liebe FreundInnen!

Im TATblatt minus 75 ist eine Zuschrift zu Stelzhammer-Neugeboren abgedruckt. Darin wird von Seiten des TATblatts in einer eingefügten Klammer erklärt, es sei »Blödsinn«, daß Stelzhammer für die »Exekutive« geschrieben habe, vielmehr habe er das für »Die Bundespolizei« getan, was eurer Meinung nach doch »ein Unterschied« sei.

Dies kann nur so aufgefaßt werden, als ob ihr das für weniger erheblich oder gar für einigermaßen entschuldigbar haltet. Bitte erklärt, worin ihr da den Unterschied seht.

Zum zweiten frage ich mich, ob es wirklich eine angemessene Methode ist, nach Belieben eigene Kommentare IN Artikel einzupflanzen, welche andere Leute geschrieben und zu verantworten haben. Ihr könnt ja einen eigenen Artikel dazu schreiben, eine Vor- oder Nachbemerkung oder sonstwas. Aber diese selbstherrliche Anmaßung, so mit Zuschriften anderer Leute umzuspringen, finde ich unmöglich. Eine oder mehrere Personen, die mittels redaktioneller Arbeit am »Drucker« sind, stellen sich damit einfach über eine oder mehrere Personen, welche als ArtikelverfasserIn/Innen befunden haben, daß diese Zuschrift so und nicht anders aussehen soll. Aus welchem Verständnis leitet ihr eigentlich diese von der TAZ übernommene OpertipperIn/OberkorektorIn-Praxis ab?

Vielleicht ist eine Diskussion darüber fruchtbar.

Grüße

Ein Leser aus Wien

Antwort des 'Tippers', der den Kommentar eingefügt hat:

Mich hat damals der Artikel einigermaßen geärgert, weil ich das Phänomen Stelzhammer als überaus ernstes Problem erachte, mit dem sich endlich ernsthaft auseinandergesetzt werden muß. Und zwar auf fundierter Ebene. Der eingesandte Artikel vom letzten Mal hat sich meines Erachtens auf billige Polemik beschränkt, mit irgendwelchen Kreuz-und-Quer-Vorwürfen. Daß dann schließlich nicht einmal ein eigentlich leicht nachprüfbares, und darüberhinaus überaus wichtiges Detail nicht gestimmt hat, hat mir dann irgendwie den Rest gegeben, zumal mich ohnehin schon sonst auch irrsinnig viel angefeult hat. Ich fand und finde es arg und unentschuldigbar für Polizeiemedien zu schreiben, insbesondere in der Form, wie Stelzhammer es damals gemacht hat. Ich fand und finde dies aber arg genug, daß ich es für kontraproduktiv halte, aus einer 'normalen' Polizeizeitung das Hetzblatt der 'Kameradschaft der Exekutive', jenem ÖAAB-Ableger, dessen

Organ 'die Exekutive' ist zu machen. Das würde es Stelzhammer meines Erachtens zu leicht machen, sich abzuputzen, und die dringend notwendige öffentliche Auseinandersetzung mit seinen Handlungen auf unnötige Nebengeleise verschieben.

Soviel zum Ersten.

Davon abgesehen, daß es wohl sicherlich bessere Objekte gibt, gegen die ich meinen Frust abreagieren könnte, als fremde Artikel, die ich gerade eintippe, finde ich den Anmerkungs-Einschub, den ich damals gemacht habe, auch aus anderen Gründen als durchaus daneben gegangen:

Erstens, weil auch ich nicht nachgeprüft habe, wo Stelzhammer eigentlich nun wirklich geschrieben hat. Wie mir inzwischen gesagt wurde, soll es nicht 'Die Bundespolizei', sondern 'Der Kriminalbeamte' gewesen sein. Insofern war mein Kommentar sinnloses Geätz, und damit gewissermaßen kein bißchen besser, als das, was ich kritisieren wollte.

Zweitens ist zweifellos der Eindruck entstanden, daß ich den erhobenen Vorwurf verniedlichen und entschuldigen wollte. Das war, wie obig erklärt, aber keineswegs mein Ziel, im Gegenteil!

Drittens finde ich deinen Vorwurf, daß ich/wir uns mit dieser 'ObertipperIn/OberkorektorIn'-Anmerkungen selbstherrlich über die VerfasserInnen stellen, wenn ich es mir so überlege, als gerechtfertigt.

Ich bin zwar durchaus der Meinung, daß eindeutige Falschmeldungen in Artikeln von uns berichtet werden müssen, die gewählte Form und der irreführende Unterton waren aber sicherlich ätzend, unangebracht und schlichtweg falsch.

In diesem Sinne werde ich daraus sowas wie Konsequenzen ziehen.

mit lieben Grüßen,

1 Tipper •

## Lesertelegamm:

an stephan eibel  
p.a. tatblatt

ich freue mich sehr ueber deine beitraege im club 2  
josef f. •

## Die Lügen um Schörkhubers Auge Beweise über den Tathergang werden zurückgehalten

(TATblatt-Wien)

Neuesten Zeitungsmeldungen zufolge wird das schwer verletzte Auge Christians wieder verheilen: Bei einem Polizeieinsatz hatte ein Beamter mit dem Gummiknüppel quer durch Christians zersplitternde Brille ins Auge geschlagen. Ins Auge gequetschte Splitter haben derartige Verletzungen verursacht, daß Christian lange Zeit auf diesem Auge zu

erblinden drohte. Er kann sich noch ziemlich genau an den Polizeiüberfall erinnern. Ebenso seine Genossinnen von der SJ-Oberösterreich, die sich während des Vorfalls in dessen unmittelbarer Nähe aufgehalten haben. Die behandelnden ÄrztInnen, die freilich nicht im Geringsten dabei waren, wollen es aber besser wissen (auf Druck der Polizei vielleicht?). Sie behaupten, daß Christian von

DemonstrantInnen verletzt wurde, und behaupten, daß Christian dies selbst im Rettungswagen angegeben hatte. Ob er dies im Schock vielleicht irgendwie gemurmelt hat, daran kann sich Christian heute nicht mehr erinnern. Sicher ist er sich aber immer noch zweifellos, daß der Schlag gegen das Auge von einem polizeilichen Knüppel gekommen ist.

Mit größter Wahrscheinlichkeit gibt es sogar Beweise für den genauen Tathergang. So hatte vom »Porzhaus« der Technischen Universität, ohne Wissen der Hochschülerschaft, die, sobald sie davon erfahren hatte, dagegen protestierte, ein Oberleutnant Lutz vom Landesgendarmierkommando Bregenz gefilmt. Mit ziemlicher Sicherheit muß er auch den Angriff auf Schörkhuber aufgezeichnet haben. Der Gendarm hält das Beweismaterial aber zurück, und erklärt lediglich, daß er als Privatmann gefilmt habe, und die Videobänder »irgendwo« seien: Schörkhuber wird gegen Lutz Anzeige wegen Unterschlagung von wichtigem Beweismaterial erstatten. ●

## Bericht der SJ-Oberösterreich zum Polizeieinsatz auf der Opernballdemo am 23.2.1990, 0.00 Uhr.

Als SJ OÖ, die wir selbst nicht zur Teilnahme an der Opernballdemo aufgerufen haben, haben wir beschlossen, Beobachter zu dieser Demonstration zu schicken.

Unter anderem gehörte dieser Beobachtergruppe der Landessekretär der SJ OÖ Christian Schörkhuber an. Um ca. 0.00 Uhr war die Demonstration bereits merklich kleiner geworden, viele der Demonstranten, Journalisten und Schaulustigen hatten den Schauplatz bereits verlassen. Anwesend waren noch ca. 800 Demonstranten (Demonstrantinnen waren auch noch dort, Anm d T) und sicher über 1.000 schwerbewaffnete Polizisten.

Um diese Zeit fanden bereits seit über einer Stunde keine Provokationen von seiten der Demonstranten mehr statt. Wir warteten auf der Verlängerung des Ressel-Parks auf dem Straßenrand gegenüber dem »Opernwürststand«. Nachdem plötzlich von der Polizei versucht worden ist, die Demonstranten in verschiedene Gruppen aufzuteilen und diese in Form von »Treibjagden« zu verfolgen, wobei wahllos und ohne darauf zu achten, daß Unbeteiligte nicht verprügelt werden, auf ihnen greifbare Passanten eingeschlagen worden ist, brach unter den Betroffenen Panik aus.

Eine halbe Stunde lang formierten sich die Polizeieinheiten immer wieder, um erneut Demonstranten und Passanten zu verprügeln, wobei wir auch Leiter dieser Einheiten selbst beim Prügeln beobachten konnten. Bei diesen Attacken wurden ältere Personen, die selbst nicht bei der Demonstration beteiligt waren, umgerempelt und mit Knüppel geschlagen. Schichtarbeiter, die beim »Opernwürststand« gegessen haben, wurden ebenfalls verprügelt.

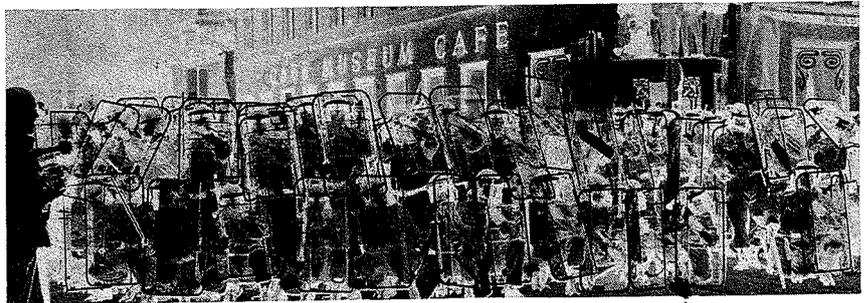
Schörkhuber wurde in die Wiener Augenklinik eingeliefert und nach Angaben des behandelnden Arztes besteht die Gefahr, daß Schörkhuber erblindet. Wir anderen SJ-Funktionäre erkundigten uns bei den Polizisten über die Einsatzverantwortlichen, sowie über den Grund des sinnlosen Gewalteinsetzes, wobei und sowohl Namen bzw. Dienstnummern der prügelnden Polizisten wiederholt verweigert worden sind und uns ebenfalls mehrmals gesagt worden ist, daß es keine zentrale Einsatzleitung mehr gäbe.

Über die oö. SP-Nationalratsabgeordneten wird es eine parlamentarische Anfrage an den Innenminister geben, die SJ OÖ wird eine Anzeige erstatten und die Öffentlichkeit umfangreich über die »Prügelorgien« der Polizei informieren.

Als SJ OÖ halten wir es für einen ungeheuren Skandal, daß die Wiener Polizisten

unter der Leitung des Präsidenten Bögl mit »Ostblockmethoden« gegen Österreicher vorgehen und das Image der Wiener Polizei als »Prügelpolizei« einmal mehr unter Beweis gestellt haben. Wir fordern sofortige und eindeutige Konsequenzen vom Innenminister, die Schädigung der Gesundheit eines SPÖ-Angestellten sind wohl Grund genug.

Wir werden uns auf jeden Fall weitere Schritte in dieser Frage vorbehalten. ●



## Grüne verlangen Erklärung Presseerklärung der Grünen zum Opernball

(Grüner Klub)

»Die schlimmsten Befürchtungen sind eingetreten: Die Polizei hat statt einer Räumung einen Tereinsatz gegen eine friedliche Mehrheit der Opernballdemonstration durchgeführt«, kommentiert der grüne Abgeordnete Peter Pilz die schweren Ausschreitungen vor der Wiener Oper.

Die Liste der Polizeivergehen ist lang: Obwohl Polizeipräsident Bögl bei Vorbesprechungen selbst vor rechtsradikalen Skinheads warnte und obwohl zahlreiche Demonstrationsteilnehmer von der Polizei ein Eingreifen gegen die gewalttätigen Neonazis verlangten, schauten die Polizisten den Ausschreitungen der Skinheads tatenlos zu. »Es sieht so aus, als ob die Einsatzleitung die Gewalt der Skinheads in ihre Eskalationsstrategie bereits einbezogen hätte«, befürchtet Pilz.

Später wurden bis dahin gewaltfreie Demonstranten eingekesselt — und als dann Fensterscheiben zerschlagen wurden, wurde die Polizei auf die Demonstranten losgelassen. Fernsehbilder und zahlreiche Zeugnisaussagen zeigen, daß der Räumungsbefehl zu einem Terrorüberfall auf alle, die sich in Reichweite befanden, mißbraucht wurde. »Ein paar Fensterscheiben rechtfertigen auch in Österreich noch keinen Generalangriff auf Personen, die sich nichts zuschulden haben

kommen lassen«, meint Pilz. Pilz befürchtet hinter der Prügelorgie polizeiinterne Machtkämpfe: »Die Führung der Staatspolizei weiß, daß ihre Position auf dem Spiel steht. Jetzt prügelt sie um ihre Macht.«

Pilz will darüber hinaus wissen, ob die Eskalation von ganz oben geplant wurde, um eine Stimmung der Durchpeitschung des demokratiegefährdeten Sicherheitspolizeigesetzes zu schaffen. »Hat Löschnak der Polizei den Terrorbefehl gegeben, oder hat die Einsatzleitung den Räumungsbefehl bewußt mißbraucht? Das ist die zentrale politische Frage.«

»Grundsätzlich bleibt es dabei: Wer soziale Probleme mit Polizeieinsätzen lösen will, wird immer Gewalt ernten. Die Grünen haben zwar nach wie vor für Gewalt seitens der Demonstranten (Hervorhebung des Tipplers) nicht das geringste Verständnis. Die wahren Verantwortlichen für die Krawalle sitzen jedoch an den Spitzen der Sozialbürokratie und in den Zentren der Wohnungsspekulation und tanzen am Ball, während die Polizei draußen für sie aufräumt«, faßt Pilz die grundsätzliche Haltung der Grünen zum Problem »Opernball« zusammen.

Die Grünen werden versuchen, die politische Verantwortung für die Polizeiaussschreitungen mit parlamentarischen Anfragen zu klären. ●

# Diskussion Opernball '90 — danach....

Zunächst ein großes Lob für das TATblatt-Kollektiv. Ich finde es beachtlich, daß ihr euch um Diskussion bemüht.

Somit bin ich bereits bei meinem ersten Problem. Ich war auch auf der Demo, bin wie die meisten entweder herumgestanden oder bin auch gelaufen, wenn die Bullen gekommen sind. Warum ich dort war, habe ich nicht genau gewußt (gegen die Reichen, das System, die soziale Ungerechtigkeit — eher diffus), und schon gar nicht, was ich bei der Demo will. Will ich den Opernball verhindern, will ich in die Oper eindringen, will ich Inhalte vermitteln, in der Bevölkerung aufklären,...?... und mit welchen Mitteln, ...?... gewaltfrei, Steine werfen, Sitzstreik, mit Bullen diskutieren,... etc.,... all diese Fragen blieben für mich ungeklärt. So stand ich herum, wußte nicht, wie mich verhalten, wenn die Bullen losmarschieren, wenn sie andere Personen prügeln, wenn Personen verhaftet werden, ... für all diese Situationen hatte ich mir nichts überlegt,... Ich glaube, so wie mir ging es hunderten Personen, die zwar dort waren, aber ohne Konzept, ohne Bezugsgruppe, ohne Überlegungen,...

## Die Ketten:

Ketten zu bilden hat viele Vorteile. Leider wird aber übersehen, daß, sobald die Bullen losmarschieren, mit ihren Helmen, Schildern, Knüppeln, sich jede Kette auflöst und DemonstrantInnen oft panikartig losrennen. Dies ist seit den letzten Opernballdemos bekannt, trotzdem wird an dem Konzept der Kettenbildung festgehalten, obwohl es in dieser Situation, Bullen gehen los, nichts hilft. Andere Konzepte werden/wurden nicht diskutiert, zB daß sich alle blitzschnell nieder setzen. Ich persönlich will/kann nicht Steine werfen (distanziere mich keineswegs von solchen DemonstrantInnen), würde mich aber jederzeit in die erste Reihe vor den Bullen setzen.

## Andere zusätzliche Aktionsformen:

Warum beginnt der Protest gegen den Opernball um 19 Uhr? Wieso versammeln sich nicht schon in der Früh einige hundert DemonstrantInnen vor der Oper, ketten sich an der Oper an, machen Sitzstreiks auf dem Ring, machen bei der Opernaufführung mit, um sich in der Oper anzuketten,... bilden um die Oper einen Ring, und lassen Personen nur mit Ausweiskontrolle durch? Warum werden nicht schon 1 Woche vor dem Opernball die Opernaufführungen gestört, 10 Personen besetzen die Bühne um zu diskutieren, und dies jeden Abend,... auch im Burgtheater, im Konzerthaus, etc. Ebenso nach dem Opernball, werden die Aufführungen regelmäßig unterbrochen? Warum gehen DemonstrantInnen nicht dorthin, wo die BonzInnen sitzen? ZB in die großen Hotels? Das Parkhotel Schönbrunn ist vollkommen unbewacht. Dort könnten 10 Menschen jederzeit beim Abendbuffet auftauchen, von Tisch zu Tisch gehen, die Speisen wegessen, mit Pfeffer würzen, BonzInnen abmahnen und zuletzt das Buffet mit dem großen Senfkübel nachwürzen? Viele andere Hotels und Luxus-Restaurants bieten sich an,...

Es könnte auch versucht werden, abends die Westbahnstrecke zu blockieren, durch einen Sitzstreik — Polizei braucht einen Großbesatz, danach könnte die Südbahnstrecke blockiert werden, auch die Ausfahrten West- und Süd-Autobahn könnten blockiert werden mittels Sitzstreik, die Polizei

## Betrifft Opernballdemo

hätte viel zu tun. Die DemonstrantInnen bräuchten eine Art Einsatzzentrale und die einzelnen Aktionsgruppen müßten mittels Funkgeräten untereinander Kontakt halten und mit der Einsatzzentrale. Vielleicht könnte auch versucht werden, in den ORF einzudringen. Der ORF wird auch nicht Tag und Nacht durch die Kobra bewacht.

## MEIN KONKRETER VORSCHLAG:

Jede Person, mich eingeschlossen, sollte bei Demos (speziell bei der Opernballdemo) zunächst ganz persönlich für sich entscheiden, warum sie/er auf die Demo geht, unabhängig warum andere Gruppen hingehen, was sie/er dort machen will/kann, welche Aktionsformen für sie/ihn in Frage kommen, wie sie/er in bestimmte Situationen reagieren wird. Danach sollte sich jede Person eine Bezugsgruppe gründen/suchen, wo Personen ähnlich denken. Somit wäre gewährleistet, daß keine Personen einzeln herumstehen, und daß jede Bezugsgruppe weiß, wie sie sich verhalten wird, und wie sie Widerstand leisten wird. Ein Herumstehen, ein Zusehen bei Prügeleien und ein panikartiges Wegrennen könnte somit verhindert

werden. Gewährleistet sollte sein, daß die einzelnen Bezugsgruppen ihre Widerstandsformen/Aktionsformen anderen nicht aufdrängen sollten. Personen, die sich »gewaltfrei« niedersetzen wollen, um die Bullen aufzuhalten, sollten ebensowenig verlacht/verspottet werden, wie Gruppen, die Steine werfen.

Wie sinnvoll solche Bezugsgruppen sind, die wissen was sie wollen, warum sie dort sind, zeigen die Sani-Gruppen und die Rechtshilfegruppe. Diese beiden Gruppen möchte ich von meiner Kritik ausnehmen. Im Gegenteil, diese zwei Gruppen haben, so glaube ich, sehr sinnvoll agiert, und waren äußerst wichtig.

Meine Gedanken und Vorschläge sollten lediglich dazu dienen, daß andere Aktionsformen überlegt und diskutiert werden. Vielleicht sind die meinigen nicht verwirklichtbar und nicht sinnvoll. Ich hoffe, andere Menschen haben andere Vorschläge. Wenn viele Menschen kreativ nachdenken, könnte die nächste Opernballdemo noch mehr Kraft und Power entwickeln.

Mit kämpferischen Grüßen:

P. ●

## Berlin-Wien — Ein Vergleich zwingt sich auf

Am 2. Juni 1967 flog Schah Reza Pahlevi mit Frau Schahbanu Farah Diba nach Berlin. Am Abend durften die »Ehregäste« in der Deutschen Oper der »Zauberflöte« lauschen. Vor der Oper formierte sich Widerstand. Protestchöre »Schah-Mörder«, »Mo, Mo \*Nossadagh« sollten an den vom Schah gestürzten Regierungschef erinnern. Hinter den Polizeiabsperrungen patroulierten neben der Polizei auch Schah-Anhänger, bewaffnet mit Stahlrouten, Pistolen und langen Holzlaten. Gemeinsam machten sie Jagd auf Demonstranten, die brutalste Knüppelei, die Berlin bis dahin erlebte, setzte ein. Es wurden Greiftrupps eingesetzt.

Der Nichtuniformierte Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras, Abteilung 1; Politische Polizei, stellte den angeblichen Rädelführer. In der Hand hatte Kurras seine entschärfte Pistole Kaliber 7,65 Millimeter. Die Mündung war kaum einen halben Meter vom Kopf des Demonstranten entfernt. Plötzlich löste sich ein Schuß. Die Kugel drang ins Gehirn und zertrümmerte die Schädeldecke.

Offizielle Todesursache: Schädelbruch

Sein Name war Benno Ohnesorg, 26 Jahre alt.

Dies wurde zum Wendepunkt des politischen Denken und Fühlens für Viele.

Namen und Stadt sind austauschbar. Die politische Motivation des Protests ist immer gegeben. Der Schauplatz ist der gleiche: Oper. Der Tod eines Demonstranten blieb uns Gott (Revolution) sei Dank erspart. Ist nun dieser Vergleich (Berlin-Wien) zulässig oder bloß Provokation?

Ich möchte damit aufzeigen, daß die vom Staat aufoktroierte bürgerliche Schizophrenie, dauernd zu tun, was man nicht will, so weit geht, daß man eine faschistische Gesellschaft zimmert.

Wer sich dieser Schizophrenie nicht unterordnet wird verdächtigt, sich »im terroristischen Umfeld« zu befinden.

Des Staates Legitimation ist Machterhalt und zwar um jeden Preis. Diese selbstherrliche Schlußfolgerung von Machterhalt gilt es

zu brechen, indem wir uns den Spaltungsversuchen (»böse« und »gute« Demonstranten) entschieden entgegensetzen, um so Kriminalisierung durch Medien und Politik unmöglich zu machen.

Es grüßt Euch,

H. ●

## Liebes TATblatt,

nach Lesen eurer letzten Ausgabe (minus 75 nummer, Opernball 90), habe ich Zweifel, ob ihr anstelle einer "selbstverwalteten Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten" nicht eher eine "unterdrückte Zeitung zur Verbreitung selbstverwalteter Nachrichten" seid, und ich euch nicht genauso sehen sollte wie alle anderen Nachrichtenselbstverwaltungsmedien in Österreich. Fehlt nur noch, daß ihr "sogenannt" in Euer Vokabular einbaut, auf "selbsternannt" habt ihr es ja schon gebracht. Auch auf "abgehoben" und "Nabelschau", und hätten nicht einige Entschlossene unter "massiven Druck" das Mikrofon erobert, wer weiß, was dann nach der Opernball-Demo alles an "Spitze" genommen worden wäre. Gern gestehe ich Euch zu, daß ihr vom Prinzip eines runden Tisches nichts verstanden habt und daß es sicherer für euch ist auf Künstler/innen- und intellektuellenfeindlichkeit zu setzen ("Nabelschau", "Gelabbere", "Individualpersonen" etc) anstelle darauf, mit selbst auch in einer solidarischen Gesellschaft wie sie bei einer Demonstration zumindest sein könnte unangenehmen Widersprüchen zu leben. Daß ihr mit Eurem "Ganzkörperblick" natürlich nicht "selbsternannt" sein könnt, sondern Euch wahrscheinlich schon aus der "Schöpfungsgeschichte" ableiten laßt, dafür wünsche ich Euch weiterhin alle Gute,

Euer Gerhard Ruiss

selbsternannter Sprecher für sich selbst ●

## Repression...

### Stellungnahme der autonomen Rechtshilfe:

Matthias und Georg wurden am Donnerstag bei der Anti-Opernball-Demo festgenommen und saßen bis Samstag in Polizeihaft. Wie üblich wurde ihnen das Recht, Angehörige und einen Anwalt zu verständigen, verweigert. Am Samstag wurden sie ins Landesgericht in Untersuchungshaft überstellt. Nach mehrmaligen Anfragen im LG I wurde zwar die Überstellung bestätigt, über Vorwürfe, Haftgründe usw., gab es bis Dienstag keine Informationen. Die beiden haben verschiedene Untersuchungsrichter, die beide auf Urlaub sind. Das ist eine Verzögerungstaktik, die darauf abzielt, die U-Haft möglichst lang zu machen.

Am Montag wurde ein Anwalt, der die beiden besuchen wollte, abgewiesen, mit der Begründung, daß die Akten noch nicht bei den Vertretungen der U-Richter sind.

Zu Matthias: vorgeworfen wird ihm schwere Körperverletzung (bei einem Bullen zählt der kleinste Kratzer als schwere Körperverletzung; bei 3000 DemonstrantInnen und ebensovielen Bullen ist es wohl kaum möglich eine Verletzung einer bestimmten Person zuzuordnen), Sachbeschädigung (ausreißen einer Verkehrstafel; seiner Aussage nach scheinen das die Bullen erfunden zu haben) und versuchter Widerstand gegen die Staatsgewalt (wir wissen aus Erfahrung, daß nahezu jeder festgenommene Person Widerstand vorgeworfen wird, weil dann wenigstens ein Delikt überbleibt, bei dem die Bullen als einzige Zeugen genügen, falls die anderen Anklagepunkte nicht nachweisbar sind).

Die Haftbegründung ist Fluchtgefahr, da er laut U-Haftbeschluß nirgends gemeldet ist. Das ist unhaltbar, er ist gemeldet. Er ist wegen zwei anderen Delikten (Wehrdienstverweigerung) zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben. Diese beiden Verfahren laufen in Leoben. Deshalb besteht die Gefahr, daß er nach Leoben verlegt wird. Das sehen wir als Versuch ihn möglichst weit weg von seinen sozialen Bezügen zu bringen. Es wird viel schwerer ihn zu besuchen und sich um ihn und das Verfahren zu kümmern.

Matthias sitzt in Einzelhaft. Er konnte schon von einigen Leuten besucht werden und ein Anwalt war bei ihm.

Leute, die gegen 24 Uhr bei der Sezession waren und was von der Festnahme mitgekriegt haben, sollen sich bei der Rechtshilfe melden.

#### Aktueller Nachtrag:

Matthias wurde am 6.3. gegen Abgabe seines Reisepasses freigelassen.

#### Zu Georg:

vorgeworfen wird ihm: Landfriedensbruch (Zusammenrottung einer Menge von mindestens 100 Personen mit dem Vorsatz schwere Straftaten zu begehen — solche Anklagen hat es in den vergangenen Jahren mehrere gegeben, die aber alle vor Prozeßbeginn fallen gelassen wurden)

Schwere Sachbeschädigung, Diebstahl (dafür gilt dasselbe wie für die schwere Körperverletzung bei Matthias - siehe oben)

Widerstand gegen die Staatsgewalt (siehe Matthias)

Georg hat bis jetzt jede Aussage verweigert. Als Strafe darf er dafür von niemandem

besucht werden (Zitat des U-Richters: "Wie du mir, so ich dir", beim Versuch eine Besuchserlaubnis zu bekommen). Die offizielle Begründung für das Besuchsverbot ist Verabredungsgefahr. Wir sehen das als Zermürbungs- bzw. Beugetaktik. Durch vollständige Isolierung von seinen FreundInnen (nicht einmal zweimal in der Woche eine Viertelstunde Besuch) soll er zu Aussagen gezwungen werden, obwohl jedeR Angeklagte das Recht hat, die Aussage zu verweigern. Solange sie auf den Vorwand der Verabredungsgefahr bestehen, kann auch der Anwalt nur im Beisein des U-Richters mit ihm sprechen.

Als Haftbegründung werden Verabredungsgefahr und Wiederholungsgefahr genannt.

Beide haben Haftbeschwerde eingelegt. ●

## ZeugInnenaufruf der autonomen Rechtshilfe

Wir suchen noch einige Leute im Zusammenhang mit der Anti-Opernball-Demo.

Bitte meldet euch bei uns:

Wir sind über das Rotstilzchen (1050 Wien, Margaretenstr.99, Mo. bis Fr. von 18 bis 24 Uhr) oder jeden Donnerstag 17-19 Uhr über den Infoladen (Tel.: 54-23-07) zu erreichen.

Gedächtnisprotokolle über eure Wahrnehmungen bei der Demo schickt bitte an: Postfach 282, 1050 Wien.

- Frau aus der Ägidi (?), die die Verhaftung von einem blonden Typen gesehen hat
- Typ, der bei einem Sturm der Bullen (ca. 22 Uhr) seinen Schlafsack verloren hat
- ca. 50-jähriger Mann (1,75m groß, breit, grauer Bart, dunkelblaue Windjacke, blaue Sportkappe), der um ca.24 Uhr bei der Sezession eine Festnahme und zwei Zivis fotografiert hat
- Herwig Hornsberg (oder so ähnlich) Drin-

gend!!!

- den Fotografen, der um ca. 23 Uhr in der Faulmannsgasse fotografiert hat und dem die Polizei den Film abgenommen bzw. herausgerissen hat
- alle, die Leute als vermißt gemeldet haben und deren Auftauchen nicht wieder rückgemeldet haben
- alle, die Festnahmen beim Bärenmühlendurchgang (ca.24 Uhr) beobachtet haben, bzw. dort festgenommen worden sind
- alle, die Festnahmen bei der Sezession beobachtet haben, bzw. dort festgenommen worden sind
- alle, deren Personalien aufgenommen wurden (auch wenn keine Festnahme erfolgt ist, weil's möglich ist, daß es auch gegen diese Personen Ermittlungen gibt)
- alle FotografInnen und VideofilmerInnen
- UND ALLE, DIE IN DEN TAGEN UND WOCHEN NACH DEM 22.2. WEGEN DER DEMO VON BULLEN IN IRGEND EINER FORM BELÄSTIGT WERDEN!!!

## Stellungnahme eines/des Saniteams

Der Vorfall (wir führen einen Fascho weg) spielte sich in unserem Rücken ab, während wir auf einer Mauer zum U-Bahn-Abgang sitzen und so gelangweilt auf die Laberei des "Runden Tisches" (Stelzhammer müß von der Demoorganisation ferngehalten werden in Zukunft) lauschen.

Tumult, Geschrei hinter uns, ein Typ liegt am Boden. Wir gehen hin - normaler Typ in Anzug, Krawatte, beiger Mantel, Brille, ca. 40 Jahre. Die Umstehenden lassen ab - wir bringen ihn in einere ruhigere Zone, wischen ihm das Blut ab. Als er Fragen unsererseits, was denn los gewesen sei, nicht beantwortet, kommt uns das sehr verdächtig vor.

Jetzt erkundigen wir uns bei den TürklInnen (realisieren wir erst jetzt, daß es welche sind). Diese klären uns dann auf und zeigen uns auch ein Messer, mit dem der Fascho sie angegriffen hat. Nach einer entschuldigung bei den TürklInnen überlassen wir den Fascho sich selbst - denn auch unsere Humanität hat Grenzen; Faschos sind eindeutig außerhalb der Grenzen! ●

Schreibt doch an  
Georg:

Georg Wendl, Landesgerichtsstr.11, 1080 Wien,  
Landesgericht für Strafsachen Wien, Zellnummer C407

WIR BRAUCHEN DRINGEND GELD FÜR DIE ANWÄLTE. BITTE SPENDET AUF FOLGENDES KONTO: CA-BV 14440452200; KENNWORT: RECHTSHILFE ●

# Diskussion: Opernball '90 — danach....

## Zur Opernballdemo 1990

Das Fest ist vorbei. Die Bonzen wurden von wildgewordenen Polizisten geschützt — Dekadenz ungestört.

Eine Demonstration wurde von den Faschisten angegriffen. Die Polizei schützte Faschisten vor dem Widerstand der AntifaschistInnen.

Interessensgemeinschaft: Kapital, Faschisten, faschistoide Kieberei?!

Es war schlimm anzusehen, wie die Polizisten auf alle prügeln, die nicht schnell genug laufen konnten oder die einfach zum Gaffen gekommen waren — Lehrstück einer sogenannten Demokratie.

Ich stand um ca. 22<sup>30</sup> in der Nähe des Verkehrsbüros auf der Straße, sah wie ein Bulle zwei Frauen wegtreiben wollte. Als die Frauen nicht sogleich brav folgten, begann der Bulle auf eine von den beiden wie wild mit dem Gummiknüppel einzuschlagen. Ich schrie ihn an: "Hör auf, Du Sau." Das ließ sich der Bulle natürlich nicht gefallen. Er schrie: "Wos sogst Du zu mir?" und lief mir nach. Ich rannte Richtung Seccession, sprang ins Gebüsch und fiel dann in die Sträucher. Ich weiß nicht, woher sie kamen, aber plötzlich standen 6 grünbedrehte Bullen über mir und begannen mich mit den Gummiknüppeln zu schlagen, einer stieg mir auf die Haare. Zum Glück war ich so weit ins Gebüsch geflohen, daß ich in der Nähe einiger Leute und eines Rettungssanis landete. Als mich die Bullen

prügelten, stürmten diese Leute zu mir und schrien, daß diese aufhören sollten. Als ich merkte, daß Menschen in meiner Nähe waren, sprang ich so schnell ich konnte auf und rannte in Richtung Seccession in die Menschenmenge. Die Bullen verfolgten mich nicht mehr, ich hatte aber einen solchen Schock, daß ich vergaß, Zeugen aufzutreiben. Die Bullen dürften mich auch nicht voll getroffen haben, da ich keine blauen Flecken abbekam. Es ging alles so schnell, und ich war so schockiert, daß ich in die HTU ging aber blöderweise nix gleich aufgeschrieben habe.

Eins steht für mich jetzt fest: Ich schieß auf Leute, die eine Rechtfertigung verlangen; wenn ich mich bei Demos verummle. Ich bin nicht bereit, der STAPO und den Faschisten weiter leichtes Spiel beim Fotografieren und Filmen zu machen. Die sollen sich schon ein bißchen mehr anstrengen, um zu erfahren, wer gegen faschistoide Tendenzen und Methoden kämpft.

Eine politische Konsequenz der Opernballdemo ist für mich, zu überlegen, welche Widerstandsformen möglich sind, um gegen gesellschaftliche Mißstände, um gegen die Ignoranz der Spießier anzugehen. Es wird schwerer und gefährlicher, sich zu exponieren, wenn Polizei und Faschisten unter einer Decke stecken.

Ein Anfang ist das verstärkte Zusammen-

schließen in Gruppen, um die Isolation, die ich oft verspüre und die viele andere sicher als genauso schlimm empfinden, zu überwinden. Gemeinsame Aktionen, menschlicher und politischer Rückhalt sind jetzt wichtiger denn je.

Übrigens: Die Faschisten waren wieder unterwegs — in der Neustiftg. fand ich am So. 25.2. folgende Pickerl:

1. Österreich stirbt! Gehst Du hin? Bürgerinitiative Gerd Honsik gegen den Todesmarsch Österreichs durch gesteuerte Geburtenarmut und Ausländerintegration. Postfach 11, 1142 Wien

2. !Freiheit für die ANR! Verleger, Medienunternehmer, Herausgeber und Hersteller: Aktion Neue Rechte — ANR, 1090 Wien, Tendlerg. 5. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Da kann ich nur sagen: Ausländer bleiben, Nazis vertreiben!

Laßt euch nicht unterkriegen! ●

## Terminkalender

### Wien:

14. März:  
**Mittwochsspaziergang ins Innenministerium zwecks Akten-Holen**  
Treffpunkt: 11 Uhr Unirampe

14. & 16. März:  
**An Grenzen stoßen Szenische Lesung: Aus der Wirklichkeit von Flüchtlingen, Sinti und Roma, ausländischen ArbeiterInnen**  
jeweils 19 Uhr B.A.C.H.; 16, Bachgasse 21

15. März:  
**Demo gegen Stapo, Polizeibedürfnisgesetz, Fremdenpolizeigesetz usw: 17 Uhr, Oper**

16. März  
**Frauengruppentreffen im Rahmen des Personenkomitees zur Armeeabschaffung**  
17 Uhr, 8, Lederergasse 23/3/27

17. bis 19. März:  
**europaweites Verkehrsiniziativentreffen in Wien**  
siehe Seite 11

20. März:  
**Diskussionsveranstaltung zum Thema Psychiatrie**  
20 Uhr, B.A.C.H., 16, Bachgasse 21

22. März  
WU-Mensa: **Die WUeste lebt**  
(ein 'Fest glaube ich, der Zettel ist aber irr unlesbar!)  
20 Uhr  
Veranst: Frauengruppe, Basisgruppe, KSV, ManagerInnen 2000  
mit B.O.R.B.

23. März:  
**Noruz-Fest (iranisches Neujahrsfest)**  
18.30 Uhr, Haus der Begegnung Gatterburggasse

28. März:  
**VOLKSZÄHLUNG '91 damit sie uns besser im Griff haben...**  
**Info- und Diskussionsveranstaltung zur österreichischen Volkszählung 1991**  
19.30 Uhr TU, Informatik-Hörsaal, 4, Treitlstraße 3

Linz:  
17. März:  
**Bundestreffen der österreichischen Armee-Ab-**

**schaftungs-Initiativen**  
10 Uhr Uni Linz, HS2, Altenbergerstraße 69

20. März:  
**Mobilisierungstreffen gegen den Bau der A4**  
19 Uhr TÜWI (BOKU-Türkenwirt, 9, Peter Jordanstraße 46)  
welche nicht kommen können, aber trotzdem die A4 verhindern wollen:  
(0222)340342 anrufen (GLOBAL 2000)

Graz:  
16. März:  
**Demo gegen Stapo, Sicherheitspolizeigesetz usw**  
11 Uhr Hauptplatz

16. März:  
**Konzert**  
(veranst.v. SJ&KJÖ) mit Sigi Maron (Saitenhiebe gegen Wohnungsnot und Militärschäd!)  
20 Uhr Haus der Jugend

Budapest:  
16. März bis 26. März:  
**ExLex-Tage — Woche der nichtgesetzlichen Kultur**  
nähere Infos: Autonomia, c/o Eötvös Klub, Budapest, Károlyi M.u.9.;1053.

### Betrifft:

## TATblatt

Willkommen im letzten Eckerl dieses TATblatts; in diesen bewegten Zeiten. Wenn wir so um uns schauen, ist nämlich einiges los. Da wird, nach der Schweizer Armee-Abschaffungs-Volksabstimmung auch bei uns plötzlich über die Abschaffung des Bundesheeres diskutiert, ein Thema, das sich bislang auch die Linke nur hinter vorgehaltenen Abfangjägern ansprechen traute. Und wie ebenfalls auch in der Schweiz, ist plötzlich ganz Österreich gegen die Staatspolizei, und selbst die Initiativen zur Entfernung von Hammer und Sichel aus dem Staatswappen finden nur wenig Zuspruch.

Alles was da jetzt so läuft ist natürlich nur so gut, wie das, was wir daraus machen (wir alle, nämlich). In diesem Sinne bitten wir euch da auch um Stellungnahmen, etwa im Rahmen der im nächsten TATblatt beginnenden Strategie-Diskussion.

Zu diesem Thema hier auch noch einmal die Aufforderung: schreibt uns, was ihr für politische Ziele vor Augen habt, wie ihr sie erreichen wollt, wie das mit dieser Gewalt oder so ist, oder mit Militanz, und was das eigentlich ist. Was euch aufregt, auf den Fingern brennt, wo ihr glaubt, wo's langgeht, und überhaupt. Der thematische Rahmen ist schier grenzenlos...

Wenngleich die einleitenden Zeilen vielleicht ziemlich optimistisch klangen, so ist natürlich auch an uns nicht vorübergegangen, daß AusländerInnenfeindlichkeit, Neofaschismus usw in Österreich fröhliche Urständ' feiern. Einiges gibt's dazu in diesem TATblatt zu lesen. Viel mehr gäbe es dazu zu tun!

Ja und schließlich stellt sich noch die Frage, wieso der Internationale Frauentag so ganz und gar spurlos am TATblatt vorübergegangen ist.

In diesem Sinne oder trotz(t) allem: **Liebe, Kraft und orkanische Stürme, und: FREIHEIT FÜR SCHURLI (Georg)!**  
**einer vom TATblatt-Kollektiv**

# Das TATblatt

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten. Es versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schick uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der AutorInnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die AutorInnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die VerfasserInnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen — um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche; welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten — werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

Obwohl einst als »Zweitageszeitung« kopiert, erscheint das TATblatt derzeit alle 14 Tage. Wir wollen uns aber stetig in Richtung unseres Zieles — eine möglichst oft erscheinende, offene, selbständige Zeitung für alle politisch Bewegten und Interessierten — weiterentwickeln. Da wir das TATblatt als ein, in einer Entwicklungsphase stehendes Projekt erachten, nennen wir die derzeit erscheinenden Ausgaben »Minus-Nummern«, quasi als Vorstufe zur Nullnummer. Solidarische Einmischung in die Entwicklung, und die Beteiligung daran, ist immer willkommen.

**TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz und Linz:**

## TATblatt-Wien:

1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11  
Telefon: (0222) 57 49 543

## TATblatt-Plenum:

jeden Donnerstag um 19 Uhr

## TATblatt-Café:

jeden Montag um 16 Uhr

die ideale Möglichkeit, in ungezwungenem Gespräch das TATblatt »von innen« kennenzulernen (alle zwei Wochen verknüpft mit dem Zusammenlegen und Versenden des neuen TATblatts)

## TATblatt-Graz:

8010, Kastellfeldg 34/16

Treffen jeden ersten Donnerstag nach Erscheinen, 19 Uhr (nächstes Treffen: 1.2.)

## TATblatt-Linz:

Treffen: jeden 1. Mittwoch im Monat um 17 Uhr im Andreas Hofer Stüberl; Andreas Hoferplatz 3; 4020 Linz

# An:

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**IMPRESSUM: Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:**

**UNABHÄNGIGE INITIATIVE INFORMATIONSVIELFALT; 1060 Wien; Gumpendorferstr 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Bankverbindung/Konto: P.S.K 7547 212; DVR Nr: 0558371; Druck: Eigendruck**

**Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!**

## Das TATblatt im Abo

**Preise: Abo** für 10 Ausgaben: S 96. —; **Abo** für 20 Ausgaben: S 190. — (innerhalb Österreichs) Bei **Förderabos** kannst du selbst bestimmen, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 96. — bzw S 190. —)

Ein »**Auslandsabo**« kostet S 150. — für zehn Ausgaben.

Ein TATblatt-Abo bestellst du, indem du den jeweiligen Geldbetrag auf unser Konto (P.S.K. 7547 212; lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) einzahlst. Das Abo beginnt mit dem Zeitpunkt, zu welchem das Geld bei uns angelangt ist, zu laufen und endet automatisch nach Auslieferung von 10 bzw 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch die Neu-Einzahlung verlängert wird.

## Mitgliedschaft in der U.I.I.

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt S 1. — pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30. — Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugesandt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns einfach eine Postkarte!

## Einzelverkaufsstellen

**Wien:**

### Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Kiosk R. A. Keream (1, Kärntnerortspassage)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- VKA (6, Stieggasse 20)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Litera Tours (9, Kolingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48)

### diverse Läden:

- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Straße 18-24)
- Makrokosmos (8, Strozsigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

### Beisl:

- TU-Club (4, Paniglgasse 1)
- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)

- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

### außerdem:

- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schotteng 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124/1/Keller; Di&Do 17-21, Mi 15-19 Uhr)
- MieterInnen-Interessensgemeinschaft (10, Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30)

### Graz:

- Dradiwaberl-Antiqu. (Zinzendorferg)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn.Fachbh. Spectrum (Schörgelg 9)

### Linz:

- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Buchhandlung Alex (Hauptplatz)
- Bad-Café (Badgasse 7)

### anderswo:

- **Schwertberg:** Kulturverein Kanal (Schwertberg, Joseftal 21)
- **Waidhofen an der Thaya:** Buchhandlung Buschek (Bahnhofstr 28)

**Das nächste TATblatt erscheint am 27. März 1990.  
Redaktionsschluß für diese Nummer ist am 20. März.**